

under
iten
n,
er
der
schaft geht
weht.
reude
ebäude,
se"

wissen
lassen.
n
hwinglich
inglich —
n
hen
eichen.
ten
eiten.

itel — Concor
Hamburg 2:5,
Osnabrück —
07 Linden 3:2.
nte sich durch
in den FC Ra-
nen Gebieten.
rheimer an der
pvg Offenburg

aufgehoben
des Westfalen
bedingt aufge-
ellschaftsleiter,
allspielen usw.
migung beim
olen und eine
Nettoeinnahme
ie Spielabgabe
haltung in die
u überweisen
achwart eine
unterzeichnete
Eintrittspreise
ngsstelle nicht

Münch
gische Fakult-
versteht dem
h, am
er Stadthalle

mlandwirt
er
er? Im ab-
hat die hie-
widerschlags-
n. In den zu-
derartig hohe
3 mm und
ur das Jahr
ll nach der
den kommen-
Denn nach
gemeinen die
itterung des
an also auch
einen n a s -
effens dieser
uf zwei ver-
rechnungen
zwar
ofute Sicher-
gut tm; nicht
ererseits wär-
e Ansage des
et zu lassen
men Sommer
s für jeden
Stunde, schon
maßnahmen
weise der zu
en, um den
begegnen zu

tenes

8-Tonner gut
einen PKW.
ehr. Lebren-
stift). Lebren-
z.

DM-Barabaz
fahrwagen aus
b. unter C 583

Steckrüben-
guzoben Josef
Tzl.-Capellen.
wagen gegen
zu tauschen
senestr. 180.

ronstiefel, Gr-
i. Kinderreport-
489 WN Coes-

demittelgroß-
ort möbl. Zim-
ng. Ang. unter
i.

erst
cke, geb. 81. 1.
ren-Brig. mot.
c. vermibt seit
i (Bumänien).
Karl Gerbecke
symannstr. 6.

für das Rech-
zu Zimmer 56
Einricht-
satzung des
Verwaltungen

reldirektor

Weltfällische Nachrichten

ZEITUNG FÜR CHRISTLICHE POLITIK UND KULTUR

Jahrgang 3 / Nummer 63

Veröffentlicht unter Zulassung Nr. 77 der Militärregierung

Donnerstag, 1. Juli 1948

Kominform klagt Marschall Tito an

Stalin ließ Tito fallen — Wegen antisowjetischer Haltung verurteilt — Belgrad antwortet mit Beschuldigungen gegen Kominform

WN. — Die Kominform veröffentlichte am Montag in Prag ein acht Punkte umfassendes Kommuniqué, in dem festgestellt wird, daß die kommunistische Partei Jugoslawiens aus der Kominform ausgeschlossen wurde. Das heißt mit anderen Worten: daß Stalin mit Tito gebrochen hat. Das Kommuniqué verurteilt die antisowjetischen Gedankengänge der kommunistischen Führerschaft in Jugoslawien und beschuldigt diese des Nationalismus. Es wird gerügt, daß die kommunistische Partei Jugoslawiens gegenüber sowjetischen Militärführern ein unwürdiges politisches Verhalten gezeigt habe, indem sie diese in Jugoslawien einer strengen Polizeikontrolle unterwarf. Außerdem hätten sich die Vertreter der kommunistischen Partei Jugoslawiens geweigert, sich an einer in Bukarest anberaumten Kominform-Sitzung zu beteiligen. In der Anklage wird der kommunistischen Partei Jugoslawiens und ihrer Führung „Trotzkismus“ vorgeworfen. Dadurch habe sie sich selbst „außerhalb der Familie und der Bruderschaft der Kominform“ gestellt. Die grundsätzlichen Mitglieder der kommunistischen Partei Jugoslawiens werden angewiesen, sich neue Führer zu wählen, wenn die jetzigen Führer ihre Politik nicht ändern können.

Die Anklagen

Die jugoslawischen Kommunisten haben, wie das Prager Kommuniqué sagt, stillschweigend die Theorie übernommen, daß die Kapitalisten für die Unabhängigkeit Jugoslawiens eine geringere Gefahr bedeuten als die Sowjetunion. Die Kominform ist deshalb zu der Ansicht gekommen, daß die jugoslawischen Kommunisten „aus der gemeinsamen sozialistischen Front ausgebrochen sind und sich auf einen Weg begeben haben, der zum Treubruch an der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse führt“.



Marschall Tito

„Bösartige Haltung“

Die Kommunisten Titos werden von der Kominform bezichtigt, gegen die Sowjetunion zu propagieren und die Rote Armee in Miskredit bringen zu wollen. Sie hätten eine „bösartige Haltung gegenüber der Sowjetunion und der kommunistischen Partei Sowjetrußlands“ angenommen.

„Falsche Linie“

„Das Kominform-Büro ist sich darüber klar geworden, daß die Führerschaft der kommunistischen Partei Jugoslawiens in jüngster Zeit in grundlegenden Fragen der Außen- und Innenpolitik einer falschen Linie gefolgt ist, die von Marxismus und Leninismus abweicht. Die Kominform stimmt deshalb, mit der Entscheidung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Sowjetrußlands überein, die bei der Blosstellung der falschen Politik des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Jugoslawiens und insbesondere der Kameraden Tito, Kardelj, Djilas und Rankowitsch die Initiative ergriff.“

Kominform verurteilt Verhaftungen

Die Kominform verurteilt weiterhin gewisse einzelne Tatbestände der jugoslawischen Politik. Darunter wird der Parteiausschuss und die Verhaftung von Mitgliedern des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Jugoslawiens, wie Zujowitsch und Hebrang, erwähnt, „die es wagten, die antisowjetische Einstellung der Parteiführer zu kritisieren, und die sich für eine jugoslawisch-sowjetische Freundschaft einsetzten“.

Belgrad antwortet

Der Zentralkomitee der kommunistischen Partei Jugoslawiens wendet sich in seiner am Dienstag veröffentlichten Erklärung nicht nur gegen die von der Kominform erhobenen Beschuldigungen, sondern stellt gleichzeitig fest, daß die Kominform durch ihr Vorgehen gegen Jugoslawien mit dem Grundsatz gebrochen habe, den einzelnen kommunistischen Parteien die Annahme der Kominform-Beschlüsse freizustellen. Es werden weiter neue Beschuldigungen gegen die beiden Minister Zujowitsch und Hebrang erhoben, die nach Meinungsverschiedenheiten mit der Parteileitung ihrer Ämter enthoben worden seien.

Zusammenschluß mit Bulgarien und Albanien

In dem außenpolitischen Teil des Parteiprogramms, das am Mittwoch von der kommunistischen Parteizeitung „Borba“ veröffentlicht wird, kündigt die kommunistische Partei Jugoslawiens Bestrebungen für einen Zusammenschluß Jugoslawiens mit Bulgarien und Albanien auf der Grundlage der Gleichberechtigung an. Das Programm soll dem Parteitag am 21. Juli vorgelegt werden.

Der jugoslawische Botschafter in Prag

Der jugoslawische Botschafter in Prag erklärte, das Kommuniqué der Kominform gehe auf Auskünfte zurück, die von den kürzlich abgesetzten jugoslawischen Ministern Hebrang und Zujowitsch in böswilliger Absicht erteilt worden seien. Die kommunistische Partei Jugoslawiens habe niemals eine feindliche Haltung gegenüber der Sowjetunion und den kommunistischen Bruderparteien eingenommen.

„Das Dand fest in der Hand“

Die entschlossene Antwort der jugoslawischen Kommunisten auf die Anklagen der Kominform beweist nach Ansicht diplomatischer Beobachter in London, daß Tito und die kommunistischen Führer Jugoslawiens von der Richtigkeit ihrer Sache fest überzeugt sind und sowohl die kommunistische Partei als auch das ganze Land fest in der Hand haben. Damit fallen die Möglichkeiten fort, daß Tito sich in letzter Stunde un-

terwerfen werde oder durch einen von den Sowjets inszenierten Staatsstreich beseitigt werden könnte. Andererseits sei jedoch kaum ein Zeichen dafür vorhanden, daß Tito in seiner Außenpolitik eine Wendung zum Westen unternehmen würde. Man ist der Meinung, daß Tito sich selbst noch zum Ostblock zählt.

Der Eindruck des Vatikans

In den Kreisen des Vatikans herrschte am Dienstag der Eindruck, daß sich Marschall Tito

„Terminkalender“ für Westregierung

Am 1. September Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung

Frankfurt/Main, 30. Juni. (DPD) Der amerikanische Militärgouverneur, General Lucius D. Clay, äußerte am Mittwoch im Anschluß an die Besprechungen der drei Militärgouverneure, daß der Ministerpräsidenten der drei Westzonen am Donnerstag ein „Terminkalender“ bekanntgegeben werde, der genau die Zeitpunkte der einzelnen Entwicklungsstufen für eine westdeutsche Regierung festlege. Als erster Termin sei der 1. September 1948 für die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung vorgesehen. Der amerikanische Militärgouverneur wies dabei darauf hin, daß die Mitglieder dieser verfassunggebenden Versammlung nach Verfahren gewählt oder ernannt werden können, die von den Ministerpräsidenten und den Landtagen der einzelnen Länder ausgearbeitet werden sollen. Ueber die Zahl der Delegierten wird am Donnerstag beraten werden. Der General wies weiter darauf hin, daß das geplante Besatzungsstatut die Vollmachten der Besatzungsmächte und der deutschen Regierungsbehörden bereits vor dem Arbeitsbeginn der westdeutschen Regierung klar umreißen solle.

Neue Lohnsteuertabellen

Hamburg, 30. Juni. (DPD) Bis zur Verteilung der neuen Lohnsteuertabellen, mit der in den nächsten Tagen zu rechnen ist, können die Arbeitgeber die Lohnsteuer nach den alten Tabellen errechnen, heißt es in einer Bekanntmachung der Finanzleitstelle Hamburg. Die nach der neuen Steuertabelle zuviel einbehaltenen Steuerbeträge sind bei den nächsten Lohn- und Gehaltszahlungen zu verrechnen.

Ueber Einbehaltung und Abführung der Lohnsteuer wird von der Finanzleitstelle im einzel-

wahrscheinlich gegen die Angriffe der Kominform durchsetzen wird. Man hält es in diesen Kreisen für möglich, daß die jugoslawischen Katholiken Tito unterstützen werden, um ein noch schärferes kommunistisches Regime zu vermeiden. Im Vatikan wird betont, daß aus den Ereignissen in Jugoslawien klar hervorgehe, wie gering das Maß von Freiheit sei, das den Nationen hinter dem eisernen Vorhang zugestanden werde.

USA und England lassen sich berichten

Nachdem bereits am Dienstag der USA-Botschafter in Belgrad nach Washington berufen wurde, reiste am Mittwoch auch der Belgrader britische Botschafter zur Berichterstattung nach London ab.

Kominform-Hauptquartier wird verlegt

Das Hauptquartier der Kominform soll aus Belgrad verlegt werden. Der neue Sitz soll nach unterrichteten Kreisen Belgrads die rumänische Hauptstadt Bukarest sein. (Nach ddp-Reuter-AFP)

nen mitgeteilt: „Das Gesetz zur vorläufigen Neuordnung von Steuern vom 23. Juni 1948 ist für die Lohnsteuer am 21. Juni 1948 in Kraft getreten. Alle Lohnzahlungen, die für einen Lohnzahlungszeitraum geleistet werden, der erst nach dem 20. Juni 1948 endet, unterliegen der Lohnsteuer nach dem Gesetz vom 22. Juni 1948.“

Der Papst sprach zu den Arbeitern

Vatikanstadt, 30. Juni. (DPD) Bei einem Empfang von 30 000 italienischen Arbeitern erklärte am Dienstag Papst Pius XII., daß die katholischen Arbeiter durch ihre Billigung der Einheitsgewerkschaften ihren Willen zur Zusammenarbeit beim Wiederaufbau ihrer Länder bewiesen hätten. Die christlichen Arbeiter müßten aber darüber wachen, daß die Gewerkschaften bei ihrer Tätigkeit nicht ihren eigentlichen Aufgabenbereich überschritten.

Für Israel nicht annehmbar?

Tel Aviv, 29. Juni. (DPD) Die Vorschläge des UNO-Vermittlers in Palästina, Graf Bernadotte, an den Staat Israel und die arabischen Staaten sollen, wie AFP von gut unterrichteter Seite erfährt, folgende Punkte enthalten: 1. Die Araber sollen den Staat Israel anerkennen. 2. Die Juden sollen auf gewisse Teile ihres Territoriums verzichten. Eine amtliche Bestätigung des Inhalts der Vorschläge liegt noch nicht vor.

Nach einer jüdischen Quelle in Tel Aviv werden die Vorschläge als „unannehmbar“ bezeichnet. Sie seien nicht einmal als Diskussionsbasis geeignet.

Die Berliner Krise vor dem Unterhaus

Bevin lehnt eine Behandlung durch den Sicherheitsrat ab — Eden: „Nicht einschüchtern lassen“

London, 30. Juni. (DPD) Der britische Außenminister Bevin erklärte am Mittwochnachmittag im Unterhaus, daß „Großbritannien alles getan hat, um das Abkommen von Potsdam zur Anwendung zu bringen. Die Tatsachen beweisen jedoch, daß Rußland alles getan habe, um sich dem zu widersetzen“. „Ich lehne den Vorschlag Trygve Lies, die Berliner Frage vor den Sicherheitsrat zu bringen, ab“, erklärte Bevin im Verlauf seiner Ausführungen. — Der frühere britische Außenminister und jetzige stell-

vertretende Führer der Opposition, Anthony Eden, forderte, die britische Regierung müsse Moskau klarmachen, daß „wir nicht bereit sind, uns durch brutale Gewalt oder Erpressung einschüchtern zu lassen“. Eden, der die Aussprache über die Berliner Krise eröffnete, erhielt mit dieser Forderung den lebhaften Beifall des Unterhauses. Die sowjetische Regierung, fuhr Eden fort, habe seit dem Fehlschlag der Moskauer Konferenz jeden Versuch, Deutschland am europäischen Wiederaufbau teilnehmen zu lassen, vereitelt.

„Wir werden die Nerven nicht verlieren“

Zur sowjetischen Politik in Deutschland sagte Bevin, sie erscheine ihm als ein Versuch, festzustellen, wie lange die Nerven der Westmächte es durchhalten würden. „Es gibt kein Anzeichen dafür, daß wir sie jetzt verlieren“. Die Krise in Berlin habe mit der Unterbrechung des Straßenverkehrs begonnen und sei durch die Unterbrechung des Eisenbahn- und Wasserstraßenverkehrs verschärft worden. „Wir haben uns Monate hindurch damit abgefunden. Die Russen behaupten, daß sie aus technischen Gründen so handeln.“

Wir haben diese Schwierigkeiten anerkannt und unsere Unterstützung angeboten“, sagte Bevin. „Wir wissen, daß Schwierigkeiten bei der Beschaffung der nötigen Materialien bestehen, und sind aufrichtig bereit, unseren Teil beizutragen. Wir müssen jedoch fragen, ob die Währungsfrage und die technische Unfähigkeit die wirklichen Gründe sind, oder ob nur der Versuch gemacht wird, unsere Stellung in Berlin unmöglich zu machen. Die Währungsfrage kann kein wirklicher Grund mehr sein. Wenn die Gründe jedoch politischer Natur sind und die Absicht besteht, uns in Berlin Schwierigkeiten zu bereiten — und so scheint es heute — weiß ich nicht, was nach dem Schreiben Marschall Sokolowskis vom heutigen Tage geschehen wird.“

Wenn die Russen die rücksichtslose Aushungerung von zweieinhalb Millionen Menschen beabsichtigen sollten, um chaotische Verhältnisse zu schaffen, und wenn sie auf die Alliierten, mit denen sie während des Krieges zusammenkämpften, Druck ausüben sollten, so glaube ich, daß die britische Regierung sich dem nicht unterwerfen kann.“ Ich bin sicher, daß unsere amerikanischen und französischen Verbündeten die gleiche Haltung einnehmen. Wir können diese standhaften Berliner Demokraten, die sich wel-

WN. Die letzten Nachrichten, die uns aus Berlin erreichten, enthalten als Wichtigstes folgende Punkte:

1. Der offizielle Grenzverkehr wurde am Dienstagmittag von sowjetischer Seite wieder freigegeben. Grenzgegendern mit Interzonenpässen, die auf Grund der vom 19. Juni geltenden Bestimmungen ausgestellt sind, dürfen die Grenze passieren. Von einer Wiedereröffnung des Eisenbahnverkehrs ist noch nichts bekannt.
2. General Clay führte am Dienstag Besprechungen mit dem stellv. USA-Kriegsminister Draper, den Chef des Armeepersonalstabes, Generalleutnant Wedemeyer, und dem Sonderbotschafter für den Marshall-Plan, Harri-man.

gern, sich dem sowjetischen Druck zu unterwerfen, nicht aufgeben. Die Moral der Berliner Bevölkerung ist ausgezeichnet. Sie ist fest entschlossen, lieber Entbehrungen auf sich zu nehmen, als sich der russischen Vorherrschaft zu unterwerfen. Sie muß unsere volle Unterstützung erhalten.“ (Starker Beifall). „Die Vertreter der amerikanischen, französischen und britischen Regierungen treffen je nach den Erfordernissen der Lage häufig in London zusammen.“

Die britische Regierung habe beschlossen, alle möglichen Reserven für die Versorgung Berlins verfügbar zu machen. Auch die USA würden ihre umfangreichen Reserven einsetzen. Hierdurch soll die Blockade Berlins unwirksam gemacht werden. Pläne für die Versorgung der Stadt aus der Luft würden mit größter Eile ausgearbeitet.

„Wir sind uns dessen bewußt, daß durch diese Entscheidungen eine ernste Lage entstehen

Moskau ohne Maske

Moskau, 29. Juni. (DPD) Zum erstenmal nach dem Kriege verbreitete der Moskauer Rundfunk wieder Nachrichten, in denen die Religion heftig angegriffen wird. Der Sender zitierte einen Artikel des kommunistischen Parteiorgans „Pravda“, in dem an die Pflicht jedes kommunistischen Kämpfers erinnert wird, „mit allen Mitteln Glauben und Religion und alle daraus folgenden Vorurteile zu bekämpfen.“

Wieder Rationierung in Rußland?

New York, 29. Juni. (DPD-Reuter) — Die Sowjetunion soll nach Meldung der „New York Daily News“, die sich auf eine einwandfreie diplomatische Quelle in Washington bezieht, geheime Vorkehrungen getroffen haben, um bis Ende August die Rationierung von Lebensmitteln und knappen Gebrauchsgütern wieder einzuführen. Diese Vorkehrungen seien nicht darum notwendig geworden, weil die Lebensmittel knapp sind, sondern weil das sowjetische Verteilungssystem es sechs Monate nach der Währungsreform noch nicht fertiggebracht habe, die Lieferungen bis an die Bauern und Arbeiter heranzubringen.

Hafenarbeiterstreik in England beendet

London, 30. Juni. (DPD-Reuter) Die Hafenarbeiter in London und Liverpool nahmen am Mittwoch die Arbeit wieder auf und beendeten damit den 17-tägigen Streik, auf dessen Höhepunkt mehr als 30 000 Arbeiter im Ausstand waren. Man vermutet, daß es Monate dauern wird, bis die durch den Streik verursachte Verzögerung eingeholt werden kann.

Kein britischer Soldat mehr in Palästina

Haifa, 30. Juni. (DPD-Reuter) 150 Polizeibeamte der Hafenbehörden des Staates Israel übernahmen am Mittwoch die Kontrolle über den Hafen von Haifa, während die letzten britischen Soldaten ohne Zwischenfall den Boden Palästinas verließen. Die letzte britische Flagge wurde am Mittwochmittag eingezogen. Damit war die 25jährige Besetzung Palästinas beendet.

4 Milliarden Dollar für Europa

Washington, 28. Juni. (DPD) Präsident Truman unterzeichnete ein Gesetz, das der Marshallplan-Verwaltung und den übrigen Hilfsprogrammen einen Kredit in Höhe von rund sechs Milliarden Dollar zur Verfügung stellt. Die Bewilligung von vier Milliarden Dollar für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa ist der wichtigste Punkt dieses Gesetzes.

4000 Tote in Fukui

Tokio, 30. Juni. Nach amtlichen Berichten sollen in der vom Erdbeben zerstörten Stadt Fukui 4000 Menschen ums Leben gekommen sein. Die Zahl der Gesamtverluste wird auf rund 13 000 geschätzt. 52 Städte und Dörfer sowie 47 568 Häuser wurden zerstört. (Nach ddp-Reuter)

Rentenzahlungen vom 30. Juni an

Frankfurt, 28. Juni. (DPD) Die Renten für Juli werden vom 30. Juni an bei den Postämtern in deutscher Mark ausgezahlt, gibt die Sozialversicherung bekannt. Auch die Sozialversicherungsbeiträge werden in dieser Woche fälligen Sozialversicherungsrenten und Krankengeldern ausbezahlt. Die in der ersten Woche nach der Währungsreform in einigen Bezirken nicht ausgezahlten Krankengelder werden nachgezahlt.

kann. Die britische Regierung und die westlichen Verbündeten sehen keine andere Möglichkeit, als solch eine Lage oder die Kapitulation. Niemand von uns kann die Kapitulation annehmen“, erklärte Bevin unter starkem Beifall des Hauses. „Wie die unsrige, so betrachtet auch die amerikanische Regierung die Stellung in Berlin als auf endgültige Abmachungen gegründet.“

Zu dem Vorschlag, die Lage in Berlin vor die UNO zu bringen, sagte Bevin: „Die UNO-Charta sieht vor, daß zahlreiche Schritte unternommen werden müssen, bevor eine Frage beraten werden kann. Zuerst muß sie zwischen den einzelnen Regierungen behandelt werden. Der erste Schritt, der gemacht werden muß, ist, Vereinbarungen für die Versorgung der zweieinhalb Millionen Menschen in unserem Sektor Berlins zu treffen. Sobald die Einschränkungen in den Transportverbindungen beseitigt sind, wird diese augenblickliche Krise beendet sein.“

Zu der brieflichen Zusicherung Marschall Sokolowskis, daß verschiedene technische Schwierigkeiten bei den Verbindungen beseitigt werden könnten, erklärte Bevin: „Ich lasse mich durch Worte nicht täuschen, nehme auf der anderen Seite aber auch nicht an, daß alles, was sie sagen, falsch ist. Ich werde aber glücklicher sein, wenn der erste Zug losfährt.“

Wenn die Berliner Schwierigkeiten restlos beseitigt sind, werden wir bereit sein, die Lage in Berlin auf Viermächte-Basis zu beraten. In der Zwischenzeit müssen wir all unsere Flugzeuge einsetzen, um der Lage gerecht zu werden.“

Schiffsverkehr auf der Elbe gesperrt

Die sowjetischen Behörden haben nach Mitteilung der Zweizonen-Verwaltung für Verkehr den gesamten Schiffsverkehr auf der Elbe gesperrt. (Nach ddp)

Westfälische Nachrichten

Nr. 63, Münster, 1. Juli 1948

Die Belgrader Sensation

Die Kominform liebt die Sensation. Das hat sie bereits bei ihrer Gründung bewiesen, die von Geheimnis und Überraschung umgeben war. Wenn sie seitdem zu ihren sorgfältig vorbereiteten Tagungen zusammenstrahlt, erlaube den Westen gewöhnlich ein leichtes Grinsen, weil man wußte, daß wieder ein Anschlag fällig war. Die Sensation aber, die diesmal geboren wurde, überragt das bisher Erlebte nicht nur an Größe, sie ist auch ganz neuer Art und hat schon deshalb Anspruch darauf, das Interesse der Welt in der nächsten Zeit zu fesseln. Denn die Maßregelung Jugoslawiens stellt einen so ungewöhnlichen Vorgang dar, daß das ganze Gefüge der östlich orientierten Welt berührt wird. Daß in dieser Organisation Spannungen und Differenzen vorhanden waren, ist gewiß kein Geheimnis geblieben. Soeben erst wurde bekannt — der Londoner „Observer“ bringt darüber in seiner neuesten Ausgabe eine recht glaubwürdige Spezialinformation — daß Giorghiu-Dej, der Sekretär der Kommunistischen Partei Rumäniens und gleichzeitig Wirtschaftsminister in Bukarest, entlassen und unter Hausarrest gestellt worden sei. Das will schon etwas bedeuten, wenn man bedenkt, daß dieser Mann als der künftige rumänische Ministerpräsident galt. Vorausgegangen war bereits die Verhaftung von Patrascanu, dem Führer der Kommunistischen Partei Rumäniens in der Kriegszeit. In Jugoslawien waren gleichzeitig der Finanz- und der Industrieminister ersetzt worden. Gewisse Anzeichen deuteten darauf hin, daß Belgrad, doch der Sitz der Kominform, zugleich auch das Zentrum der Unruhe war, die zu den Auseinandersetzungen in den kommunistischen Parteien des Südostens führte. Marshall Tito selbst nämlich hatte sich neuerdings recht kritische Bemerkungen über seine Person in dem Organ der Kominform gefallen lassen müssen.

Wie tief diese Meinungskämpfe gehen, das jedoch ist jetzt erst offenbar geworden. Denn wenn Moskau nicht davor zurückschreckt, einen Galgen zum Fenster hinaus zu errichten und sich die Blöße der Uneinigkeit zu geben, so müssen die Dinge hinter den Kulissen schon sehr weit gediehen sein. Entsprechend ist auch immer der östlichen Methode, zu gegebener Zeit rigoros durchzugreifen, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß ein ernstes Problem auf dem Spiel stehen muß. Und das ist in der Tat der Fall. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die nationale Selbstständigkeit der Satellitenstaaten. Bereits seit dem Frühjahr verdichteten sich die Vermutungen, daß die südöstlichen Länder im Laufe des Sommers oder Herbstes gezwungen werden würden, durch „spontane“ Volksbegehren ihre staatliche Einschmelzung in die Sowjetunion nachzusuchen. Das wäre an sich ein logischer Prozeß, der nur die bisherige Entwicklung zur Vollendung brächte. An Hand dieses Planes wird es verständlich, daß der bulgarische Ministerpräsident Dimitroff scharf zurückgepfiffen wurde, als er es vor einem halben Jahr wagte, Wünsche in der Richtung einer großen Balkanföderation zu äußern. Das politische und geistige Zentrum der kommunistischen Welt heißt Moskau, und jede Aufrichtung eines zweiten Blocks würde eine unliebsame Konkurrenz bedeuten, die die Einheit der kommunistischen Welt gefährden oder das „Mutterhaus“ eines Tages an Bedeutung sogar überflügeln könnte. Wir haben dieselben Kämpfe Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre auch innerhalb der Sowjetunion selbst beobachten können. Damals bildeten die kommunistischen Parteien der Ukraine und Weißrußlands den Sturmbock gegen den Moskauer Zentralismus und die damit zusammenhängenden Russifizierungsbestrebungen.

Es kann nicht wundernehmen, daß sich jetzt in gleicher Weise die nationalen Strömungen in den Südostländern zur Wehr setzen. Das ist der Sinn der erbitterten Kämpfe, die seit einiger Zeit im Gange sind und nun durch den Fall Jugoslawiens offenbar werden. Marshall Tito ist ja als die stärkste und eigenwilligste Persönlichkeit dieses Kreises bekannt. Er hat in Jugoslawien, dem größten und bedeutendsten der südöstlichen Länder, ein Sowjetsystem eigener Prägung aufgerichtet und nie ein Fehl aus seinem Selbstständigkeitsgefühl gemacht. Gerade diese Haltung verschaffte ihm den Nimbus eines Nationalhelden. Sie macht es aber auch verständlich, daß er sich mit aller Energie den staatlichen Aufschwungswünschen der Sowjetunion entgegenstemmt. Wirtschaftliche Überlegungen mögen ihn darin noch bestärkt haben. Denn es war für die Jugoslawen wie für ihre Nachbarn schon äußerst bitter, der politischen Strategie des Kremls zuliebe auf die Hilfe des Marshallplans verzichten zu müssen. Eines kam also zum andern — und nun ist die Bombe geplatzt. Noch ist nicht abzusehen, welche praktischen Folgen ergeben werden. Jedenfalls würde Tito sein ganzes Ansehen über Bord werfen, wenn er sich jetzt unterwerfen würde. Die Formulierung des Kommuniqués könnte bei vorsichtiger Auslegung eine Hintertür offenhalten. Aber die Frage, ob Jugoslawien aus der Kominform ausgeschieden ist oder nicht, erscheint doch wohl mehr als eine juristische Spitzfindigkeit. Der Riß im Ostblock ist in seiner ganzen Breite und Tiefe sichtbar geworden. Da läßt die Schärfe der Verurteilung keinen Zweifel. Alles weitere hängt nun von Tito ab — und damit zugleich auch die über den Fall Jugoslawien hinausreichende Frage, welche Rückwirkungen sich früher oder später für die Nachbarstaaten ergeben; denn es ist bekannt, daß z. B. das Verhältnis Titos zu dem Bulgaren Dimitroff außerordentlich eng und gleichgerichtet ist.

Dr. Amelunxen 60 Jahre alt

Der Sozialminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Rudolf Amelunxen, der lange Jahre als Regierungspräsident von Westfalen in Münster ansässig war, wurde am 30. Juni 60 Jahre alt. Als Mitarbeiter am Landgericht Köln war er Mitarbeiter des bekannten Sozialpolitikers Carl Sonnenschein. Nach Kriegsende wurde er zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen und am 26. Juli 1946 zum Ministerpräsidenten des neu gebildeten Landes Nordrhein-Westfalen ernannt. In der Regierung Arnold übernahm er dann als Vertreter der Zentrumsfraktion das Sozialministerium.

Lizensträger: Fritz Bernfeldt, Etmann, Fr. L. Hüffer, Dr. G. Hasenkamp, Hauptgeschäftsführer: I. V. Hermann Block. Verlag: Westfälische Nachrichten, G. m. b. H. Münster (Westf.). — Auflage 90.000. — Schriftleitung und Anzeigenabteilung: Münster, Prinzipalmarkt 13/14 und Oelde (Westf.), Rüggestraße 27/28. Druck: E. Holterhoff, Oelde. Preis der einzelnen Ausgabe 20 Pfg.

Wie steht es mit den 5000 RM. Altgeld?

Sofort-Freigabe von Altgeldguthaben zur Umwandlung in Neugeld-Guthaben

Hamburg, 30. Juni. (DPD) Die Finanzleitstelle Hamburg gibt bekannt: Um einen reibungslosen und fristgerechten Ablauf bei der Bearbeitung von Anträgen auf Erteilung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen zu gewährleisten, wird auf folgendes hingewiesen:

I. Alle natürlichen Personen, die den Vordruck A abgegeben haben, können die Sofortfreigabe von 5000 RM. Altgeldguthaben zur Umwandlung in Neugeldguthaben verlangen. Dies gilt auch für Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe. Für die Sofortfreigabe dieser 5000 RM. Altgeldguthaben ist keine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes erforderlich. Wer also nicht mehr als 5000 RM. Altgeldguthaben umgewandelt haben will, braucht keinen Antrag beim Finanzamt zu stellen. Er hat sich unmittelbar an die Abwicklungsbank zu wenden. Von dem freigegebenen Betrag wird aber zunächst nur die Hälfte ausbezahlt.

II. Ferner benötigen keine Unbedenklichkeitsbescheinigungen des Finanzamtes alle Unternehmen, die den Vordruck B abgegeben haben (juristische Personen, Personenvereinigungen und Einzelkaufleute, die im Handelsregister eingetragen sind), sofern sie mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen. Diese Unternehmen haben durch Vorlage einer Bescheinigung des Arbeitsamtes oder durch Vorlage von Lohnsteuerlisten nachzuweisen, daß sie mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen. Der Nachweis ist bei der zuständigen Abwicklungsbank, nicht beim Finanzamt, zu führen.

III. Dagegen müssen folgende Besitzer von Altgeldguthaben eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Finanzamtes beibringen:

a) Gewerbetreibende, die nicht im Handels-

register eingetragen sind, und Angehörige der freien Berufe, wenn sie einen Vordruck A abgegeben haben und die Sofortfreigabe von weiteren 5000 RM. Altgeldguthaben zur Umwandlung in Neugeld-Guthaben im Sinne von § 5 Abs. 1, Satz 2, des dritten Währungsgesetzes begehren.

b) Alle Unternehmen, die den Vordruck B abgegeben haben, wenn sie weniger als 20 Arbeitnehmer beschäftigen. Diese können die Umwandlung ihres gesamten Altgeldguthabens beantragen. Den Antragstellern wird empfohlen, die in ihren Händen befindliche Ausfertigung des Vordruckes A oder B beim Finanzamt vorzulegen. Sind nämlich die Finanzämter noch nicht im Besitz der für sie bestimmten Zeitausfertigungen der Vordrucke A und B, so kann die in den Händen der Antragsteller befindliche Ausfertigung als vorläufige Unterlage für die Erteilung der Unbedenklichkeitsbescheinigung dienen.

Für die Bearbeitung der Anträge auf Erteilung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen ist eine bestimmte Reihenfolge vorgeschrieben. Die Anträge der Unternehmer genießen bei der Erledigung den Vorrang vor den anderen Antragstellern. Ueber die Anträge der Unternehmer ist bis zum 10. Juli 1948, über die anderen Anträge bis zum 20. Juli zu entscheiden, vorausgesetzt, daß die Anträge fünf Tage vor dem Stichtag gestellt sind. Die Gewerbetreibenden und Angehörigen der freien Berufe, die den Vordruck A abgegeben haben, werden deshalb gebeten, nicht in den ersten Tagen den Antrag auf Erteilung der Unbedenklichkeitsbescheinigung zu stellen.

Wer es verabsäumt hat, sein Altgeldguthaben rechtzeitig anzumelden, kann beim Finanzamt gegen die Veräumung der Frist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragen. Er hat hierbei glaubhaft zu machen, daß er ohne eigenes Verschulden außerstande war, das etwaige Altgeldguthaben rechtzeitig anzumelden. Ueber die Anträge auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wird vorab entschieden werden.

Weizsäcker verhinderte Ermordung des Bischofs von Münster

Nürnberg, 28. Juni. Eine Besonderheit für Westfalen waren im sogenannten Wilhelmstraßen-Prozeß, so schreibt die „Westfalen-Zeitung“, die Aussagen des ehemaligen Protokollchefs im auswärtigen Amt und späteren Botschafters in Brüssel, von Bülow-Schwandau. Der als Entlastungszeuge für den Gesandten von Weizsäcker geladene Botschafter bestätigte einmal mehr, wie sehr die Nazis großen das mannhaft Auftreten des damaligen Bischofs von Münster, Graf von Galen, fürchteten. Der Zeuge bekundete, daß im August 1941 der damalige Gauleiter Meyer mit der Nachricht zu Weizsäcker gekommen sei, Graf von Galen solle auf Betreiben radikaler Elemente in der Partei und der SS öffentlich gehängt werden. Daraufhin sei Weizsäcker zu seinem größten Gegner, dem Propagandaminister Goebbels, gegangen und habe ihn auf die katastrophalen Folgen einer solchen Aktion hingewiesen. Goebbels habe sich überzeugen lassen, und so sei dem damaligen Bischof von Münster außer persönlichen Beschränkungen nichts geschehen.

Die Urteile im Röchling-Prozeß

Rastatt, 30. Juni. (DPD) Das „Tribunal General“ der französischen Militärregierung in Rastatt verurteilte im Röchlingprozeß den Ange-

klagten Hermann Röchling zu sieben Jahren und Hans Lothar Gemmingen-Hornberg und Direktor Wilhelm Rodenhäuser zu je drei Jahren Gefängnis. Dr. Ernst Röchling und Alfred Maier wurden freigesprochen. Den Verurteilten wird die Untersuchungshaft angerechnet.

Protest gegen Demontage

Dortmund, 28. Juni. (DPD) Gegen die für den 1. Juli angeordnete Demontage der Fünf-Meter-Grobbloch-Walzenstraße der Hüttenwerke Hörde legten der Betriebsrat und die Abteilungs-Obleute des Werkes Protest ein. In einer Entschlüsselung wurde auf die lebenswichtige Bedeutung des Werkes für die Stadt Hörde und den deutschen Export hingewiesen und erklärt, daß sich die 8000köpfige Belegschaft des Werkes mit allen Mitteln der Demontage widersetzen werde.

SED beschließt Zweijahresplan

Berlin, 30. Juni. (DPD) Dem Zweijahres-Wirtschaftsplan für die sowjetische Besatzungszone stimmte der Parteivorstand der SED am Mittwoch zu. Das Zentralsekretariat wurde beauftragt, der deutschen Wirtschaftskommission diesen Zweijahresplan mit der Bitte zu übergeben, den Zweijahresplan als Gesetz zu beschließen.

KURZNACHRICHTEN

Von 66 000 Bremer Kindern verzichteten 17 000 auf die weitere Teilnahme an der Schulspisung, da die Eltern die Kosten von 0,30-D-Mark pro Mahlzeit nicht aufbringen können.

20 000 Textilpunkte und 240 Textilkarten für Kinder wurden bei einem Elbbruch in Bengershausen bei Kassel gestohlen.

Weizenfarmer in Ohio (USA) ließen sich von sieben Flugzeugen für drei Millionen Dollar künstlichen Wind machen, um den Frost zu vertreiben.

500 000 Heimkehrer sind bis heute nicht in das zivile Leben zurückgekehrt und haben zum Teil noch nicht einmal eine Zuzugsgenehmigung erhalten, wurde auf einer Kundgebung des Deutschen Roten Kreuzes in Hannover festgestellt. Weitere 70 000 Heimkehrer sitzen in deutschen Gefängnissen und warten auf ihre Aburteilung.

Seit der Währungsreform wurden 500 Schwarzhändler von der Münchener Polizei verhaftet.

Von 69 000 in Hessen illegal lebenden Personen haben sich bis zum vergangenen Sonnabend 11 000 an den Arbeitsämtern zur Arbeitsvermittlung gemeldet.

Der Handelsverkehr zwischen Spanien und dem vereinigten Wirtschaftsgebiet ist von der Jeta freigegeben worden. Der Zeitpunkt der Freigabe des Post-, Telefon- und Telegrammverkehrs mit Spanien wird noch bekanntgegeben.

Der Mannheimer Caritas-Verband bemüht sich, wie das „Württembergische Zeitecho“ meldet, die von Besatzungsangehörigen stammenden 125 farbigen Mannheimer Kinder-Negerfamilien in den USA zur Adoption zu vermitteln.

Die Durchführung einer Kollekte zur Linderung sozialer Notstände regte Dr. Pünder in einem Telegramm an Landesbischof Dr. Lilje an. In Hannover soll eine solche Kollekte bereits am nächsten Sonntag stattfinden.

(Alle Meldungen, wenn nicht angegeben, DPD.)

Das allzu korrekte Apfelbäumchen

Von Rudolf Winkler

Ein kleines Apfelbäumchen, noch jung und unerfahren, wollte es ganz richtig machen und seine Äpfel nur im Rahmen der behördlichen Vorschriften hervorbringen. Es stellte also den dementsprechenden Antrag und dachte sich das, was dann kam, ziemlich einfach. Der Obstwirtschaftsverband nahm sich der Sache an und stellte dem Bäumchen anheim, seinen Antrag mit den vorgeschriebenen Unterlagen zu wiederholen, denn da seien beizubringen 1. die Pflanzurkunde als Existenzbestätigung, 2. das Abgangszeugnis der Baumschule, 3. der Okulierungsanweis in doppelter Ausfertigung, 4. die Vorlage des vorschriftsmäßigen Leimringes und 5. ein amtliches Gesundheitsattest betr. Nichtbefallen-seins von Frostschädlern und anderen Schädlingen. Nur auf Grund dieser Dokumente könne die Lizenz zur öffentlichen Zurschaustellung von Apfelbäumen erteilt werden, die dazu berechtigte, beim Arbeitsamt die Zuweisung einer Bienenkolonne zum Bestäubungseinsatz nachzusuchen.

Bis in die Wurzelspitzen erschüttert ging das Bäumchen ans Werk, und während die anderen Apfelbäume unbefangen ihre Knospen springen ließen, brachte es Unterlagen bei. Der Frühling stand schon lange im Land, da hatte es alles beisammen und bat um die Blühlizenz. Nein, hieß es nun, vorerst sei noch die Ausfüllung eines Fragebogens in dreifacher Ausfertigung über einwandfreie obstbäumliche Führung seit Verlassen der Baumschule erforderlich. Das Bäumchen erschaute trotz neunzehn Grad im Schatten und fragte, ob es dann endlich seine Äpfel wachsen lassen dürfe. Nein, wurde es beschieden, dazu sei noch eine Apfelproduktionsgenehmigung erforderlich, und die werde auf Grund einer Äpfelzerzeugungsumbedenklichkeitsbescheinigung erteilt, zu deren Ausstellung außer dem ausgefüllten Fragebogen ein Leumundzeugnis von mindestens drei in der Äpfelzerzeugung seit nicht weniger als fünf Jahren anerkannten Bäumen und eine behördliche Bescheinigung, daß die Gegend nicht mit Äpfelzerzeug-

den Betrieben übersetzt sei, beigebracht werden müsse. Vorerst aber hätte das Bäumchen die Fragebogen auszufüllen; die Formulare würden gegen Abgabe von drei Kilogramm Trockenlaub ausgetauscht.

Nun machte sich das Bäumchen daran, tüchtig Blätter wachsen zu lassen, um das Trockenlaub für die Fragebogen zu gewinnen. Unterdessen hatten die anderen, unbefangeneren Apfelbäume dreist und unilizenziert drauflos geblüht, und ehe jemand dagegen einschreiten konnte, hatten sie durch Gewährung reichlicher Honigdepotat hinter dem Rücken des Arbeitsamtes Bienen schwarz angeworben und damit die Bestäubungsfrage gelöst. Schließlich sah jeder, wie die Äpfel wuchsen, und die Behörden bedauerten

Päpstlicher Legat beim Kölner Domjubiläum

Die 700. Jahrfeder des Kölner Domes habe rein kirchlichen Charakter, erklärte Kardinal Frings auf der Jahresversammlung des Kölner Dombauvereins. Ihre Bedeutung reiche jedoch weit über das Erzbistum Köln und die deutschen Grenzen hinaus, und sei international. Deshalb seien auch Persönlichkeiten des kirchlichen Lebens des Auslandes eingeladen worden. Bis jetzt hätten acht Kardinäle und viele Bischöfe ihr Erscheinen zugesagt. Papst Pius XII. selbst werde durch die Entsendung eines Kardinallegaten und eines Schreibens seine Anteilnahme am Jubiläum bezeugen. So werde auch die 700. Jahrfeder des Kölner Domes zum Spiegel der Einheit des christlichen Abendlandes, wie es 1248 die Grundsteinlegung und 400 Jahre später die Weihe des ersten Hochaltars gewesen seien. Domprobst Hecker teilte mit, daß am 15. August nach der Reliquienprozession das erste feierliche Pontifikalmesse im Dom durch den Kardinallegaten gehalten werden wird.

Das Programm der Kölner Städtischen Bühnen für

Wetter heiter bis wolkig

Wie das Meteorologische Institut für Nordwestdeutschland (Hamburg) am Mittwoch bekanntgibt, ist der Höhepunkt in der Zufuhr kühler Luft überschritten. Auch die Schauerneigung wird allmählich abnehmen.

VORHERSAGE FÜR DONNERSTAG:

Schwache bis mäßige Winde um Nord. Heiter bis wolkig. Nur noch sehr vereinzelt Schauer. Kühl. Tagestemperaturen um 18 Grad. — Anschließend wird für mehrere Tage im allgemeinen warmes und trockenes Wetter erwartet.

SPLITTER

Eierbewirtschaftung aufgehoben. Die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat die Bewirtschaftung von Eiern mit Wirkung vom 1. Juli aufgehoben.

Schuhpunkte sind aufgerufen. Die Punkte Z 601 und Z 602 der Juli-Lebensmittelliste werden als Schuhpunkte aufgerufen und können ab sofort beliefert werden, gibt die Verwaltung für Wirtschaft bekannt.

Preise um 50 Prozent zu hoch. Auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf stellten Vertreter des Einzelhandels und der Behörden fest, daß die Preise gegenwärtig um 50 % zu hoch liegen. Für die nächste Zeit wird mit einem großen Warenangebot gerechnet.

Gewerbebeschränkung soll aufgehoben werden. Von der Frankfurter Verwaltung wird zur Zeit ein Gesetz vorbereitet, wodurch die Gewerbebeschränkung und das Einzelhandelschutzgesetz aufgehoben werden sollen.

Tomaten und Pflaumen aus Italien. 40 Waggons mit Tomaten und Pflaumen aus Italien sind bereits in der Doppelzone eingetroffen. Insgesamt sind für diese Einfuhr 10 Millionen Dollar vorgesehen, bisher ist jedoch erst über 3 Millionen Dollar verfügt worden. — Auch die Gemüseeinfuhren aus Holland halten unvermindert an. Täglich passieren etwa 200 Lastwagen mit Frischgemüse die Grenze.

Kuba-Zucker — raffiniert. 140 000 Tonnen Kubazucker sind von der Militärregierung zur Raffinierung freigegeben worden. Mit der Verarbeitung ist bereits begonnen worden. Durch die Raffinierung soll die Weißzuckerration und die Ausgabe der Prämien an die Landwirtschaft gesichert werden.

Weitere Entlassungen der Verwaltung. Etwa 400 Personen werden bei der bevorstehenden Auflösung des Amtes für Stahl und Eisen in Düsseldorf zur Entlassung kommen.

Der Angeklagte hatte kein Fahrgeld.

Der für den 4. Juli von dem Bielefelder Spruchgericht anberaumte Termin gegen den früheren Bürgermeister von Hamburg, Krogmann, mußte auf den 18. August verlegt werden, da der Angeklagte und die Zeugen telegraphiert haben, daß sie kein Fahrgeld für die Fahrt nach Bielefeld besitzen.

Bayern im Bierstreik. Sogar den immer durstigen Bayern ist das Dünnebier zu teuer geworden. Die Münchener Gaststätten schenken nur noch 5 Prozent der sonst verkauften Biermenge aus.

Schlesier-Wallfahrt nach Werl

Werl, 30. Juni. (Eigener Bericht). Tausende von Ostvertriebenen des Fürst-Erzbistums Breslau aus den Erzdiozesen Paderborn und Köln und aus den Bistümern Hildesheim, Münster und Osnabrück trafen sich am Feste der Apostel Petrus und Paulus in Werl zu ihrer ersten eigenen Wallfahrt. Sie erhielten ihr besonderes Gepräge durch die Anwesenheit des inzwischen zum Weihbischof der Erzdiozese Köln ernannten bisherigen Breslauer Weihbischofs Joseph Ferche, der damit zum ersten Male seit seiner Vertreibung aus Breslau unter schlesischen Wallfahrern weilte.

Vor dem Pontifikalamt des Bischofs Ferche verlas Pfarrer Smaczny aus Liegnitz eine Botschaft des Papstes Pius XII. an die Ostvertriebenen, in welcher der Papst die Vertreibung der 15 Millionen Deutschen aus dem Gebiet östlich der Oder und der Lausitzer Neiße scharfstens verurteilt und ihre Rückführung in die Heimat forderte.

sehr, daß man sich wieder einmal über alle Verordnungen hinweggesetzt hatte, doch weiter konnten sie auch nichts dagegen tun.

Das korrekte Apfelbäumchen aber hatte, als der Sommer zu Ende ging, sein Trockenlaub zusammen, besorgte sich die Fragebogen, füllte sie aus und erhielt mit den ersten vorwintertlichen Nachfrösten zunächst einmal die Blühlizenz.

Nanu, sagte der Besitzer, was fällt denn diesem verrückten Ding ein? Nichts als Blätter sind bis jetzt daran gewachsen, und nun im November will es blühen? Das wird nie etwas Rechtes! Und während er die anderen Bäume für ihre zwar verordnungswidrige, aber erfolgreiche Tätigkeit mit schönen neuen Leimringen sichtbar ausgezeichnet hatte, griff er hier zur Axt und hackte — undankbar wie alle wirtschaftlich eingestellten Menschen — das allzu korrekte Bäumchen um.

Wenn die Sommers mehr die muntere F uns aus dem Ludwig Bilde entgegenlacht, an, daß alle Welt n Anhänglichkeit an dieser Jahreszeit ist schwunden. Zwar sah arleuchten, und so f den Feuersprünge d von Glut ins Herd Scheite, die reifend Kräfte zu felen. Br „Jans-Täcks“ vom N zu nageln oder Jo Schafgarbe, Donner (Wiesenschaukraut) hier nicht bekannt ge ken pachte St. Joha ferten eigenen Chara des Heimatvereins lä Glocke der Johanni

Die Nachbarschaften zusammen zur Jahr und Ausblick. Und e erstarkenden Nachbar Weg durch diese Zeit tern kann, wenn die gerer Unterbrechung Gildenmeisters Ebb Gildenmeister Her p so gut wie vollzähli sammeltrat. In der Weiß der Freude, d dunklen Gedanken gläubiges Vertrauen



Die Hausfrauen können immer noch nicht fa den geschmack

Café Veelken wie draufbaugelast hat Propstkirche schon weisen. Nun hat vo kannte Café Veelken nommen. Noch blei ganze Anwesen wie setzen. Aber Borken hafte Zuspruch gleich begrüßt, daß die ge feestube das Tor w Währungschnitt ma leicht. Alter Ruf ab ihren Weg wieder m blick mehr; der Kaf seine Güte, und nun ser werden.

Ein Zweihundert ten“ Gedanken nach gehen; bei der 200p scheinung handelt e gefährliche Ueberle sich bei den Kanall wall knapp unter de fahrenden Straße. M daß es die dauernd art geduldig über s Steweringsche Bagg raschenden Entdeck unerwünschten. Gast Blindgänger beiseite Der Butenwall hat s

Ein Fr Donnerstag könnte des Borkener Mission Unbefleckten Jungfra des Tages seiner Prie der und Zöglinge eger Weise. Das „K Häuser und Residen halbes Jahrhundert Genossenschaft, der loer Missionskolleg gab den schönen Ral rerkollegium des Bor P. Dr. Seng nach Machthaber hinteng Studienassessor tätigen Gratulanten. D gedachte des Ehrent Gottesdienst.

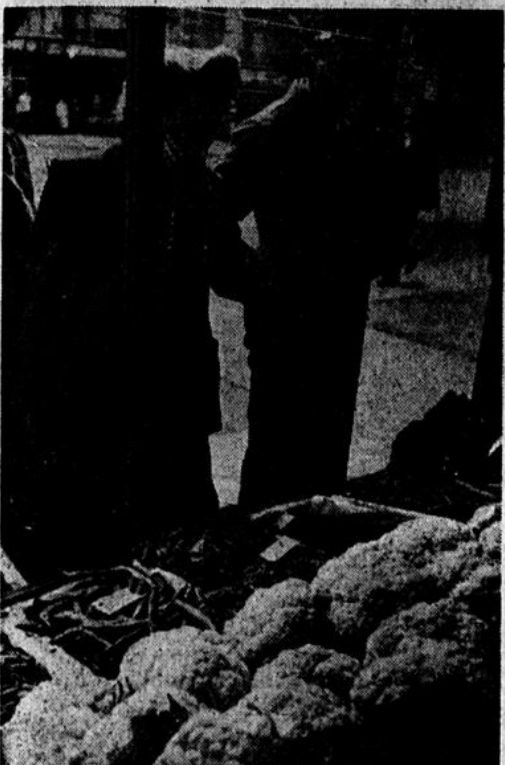
Ein Fr

Mitsommer! Das J erreicht. Es steht i tum und verspricht i sen reichen Enteseg uns zu dieser Überb freuliche Beuteknapp dabei nicht im Zeich Jahres-, sondern auch Reifen sehen.

Wenn die Sommers mehr die muntere F uns aus dem Ludwig Bilde entgegenlacht, an, daß alle Welt n Anhänglichkeit an dieser Jahreszeit ist schwunden. Zwar sah arleuchten, und so f den Feuersprünge d von Glut ins Herd Scheite, die reifend Kräfte zu felen. Br „Jans-Täcks“ vom N zu nageln oder Jo Schafgarbe, Donner (Wiesenschaukraut) hier nicht bekannt ge ken pachte St. Joha ferten eigenen Chara des Heimatvereins lä Glocke der Johanni

Die Nachbarschaften zusammen zur Jahr und Ausblick. Und e erstarkenden Nachbar Weg durch diese Zeit tern kann, wenn die gerer Unterbrechung Gildenmeisters Ebb Gildenmeister Her p so gut wie vollzähli sammeltrat. In der Weiß der Freude, d dunklen Gedanken gläubiges Vertrauen

Borken



Da staunt die Hausfrau

Die Hausfrauen können den Überfluß an Waren immer noch nicht fassen. Staunend stehen sie vor den geschmackvoll dekorierten Auslagen.

Café Veelen wiedereröffnet. Borkener Wiederbaugeschäft hat rund um die Remigius-Propsteikirche schon beachtliche Erfolge aufzuweisen. Nun hat vor kurzem auch das altbekannte Café Veelen den Betrieb wieder aufgenommen. Noch bleibt manches zu tun, um das ganze Anwesen wieder in „Friedensstand“ zu setzen. Aber Borken hat es — das zeigte der lebhafteste Zuspruch gleich bei Beginn — offenbar sehr begrüßt, daß die gemütliche, altvertraute Kaffeestube das Tor wieder aufgemacht hat. Der Währungsabschnitt macht den Neu-Anfang nicht leicht. Alter Ruf aber und altes Können werden ihren Weg wieder machen. Und es ist ein Lichtblick mehr: der Kaffee duftet, das Backwerk hat seine Güte, und nun soll ja bald alles noch besser werden.

Eine Zweihundertpfündige. Daß die „entfetteten“ Gedanken nach der Überschrift nicht irren: bei der 200pfündigen Überraschungserscheinung handelt es sich um eine Bombe. Das gefährliche Ueberbleibsel aus dem Kriege fand sich bei den Kanalarbeiten am Butenwall knapp unter der Asphaltdecke der stark befahrenen Straße. Man darf von Glück sprechen, daß es die dauernden Stöße des Verkehrs derart geduldi über sich ergehen ließ. Auch der Steuerungs-Bagger ging bei seiner überraschenden Entdeckung glücklich sanft mit dem unerwünschten-Gast um. Inzwischen wurde der Blindgänger beiseite geschafft und entschärft. Der Butenwall hat seinen Frieden wieder.

Ein Priester-Jubiläum

Donnerstag konnte P. Seng OMI, der Superior des Borkener Missionskonviktes der Oblaten der Unbefleckten Jungfrau Maria, die 25. Wiederkehr des Tages seiner Priesterweihe feiern. Mitbrüder und Zöglinge ehrten den Jubilar in würdiger Weise. Das „Konvikt“, eines der über 20 Häuser und Residenzen der nun mehr als ein halbes Jahrhundert in Deutschland wirkenden Genossenschaft, der bekanntlich auch das Borkener Missionskolleg „Mariengarten“ angehört, gab den schönen Rahmen dazu. Auch das Lehrerkollegium des Borkener Gymnasiums, an dem P. Dr. Seng nach seiner, durch die braunen Machthaber hintangehaltenen Bestätigung als Studienassessor tätig ist, zählte zu den zahlreichen Gratulanten. Die Borkener Pfarrgemeinde gedachte des Ehrentages in einem besonderen Gottesdienst.

Das Jahr auf der Höhe

Mitsommer! Das Jahr hat seinen Gipfelpunkt erreicht. Es steht in Blüte und vollstem Wachstum und verspricht in Gärten, Feldern und Wäldern reichen Erntesegen. Daß der Sommeranfang uns zu dieser Ueberfülle eine nicht in allem erfreuliche Beistandsparte bescherte, wollen wir dabei nicht im Zeichen des nun niedergehenden Jahres, sondern auch im Vertrauen auf ein neues Reifwerden sehen.

Wenn die Sommermonate bei allem nicht mehr die muntere Fröhlichkeit aufwies, wie sie uns aus dem Ludwig Richterschen Johannisfest-Bilde entgegenlacht, liegt das zum Teil wohl daran, daß alle Welt nüchtern geworden ist. Die Anhänglichkeit an das schöne alte Brauchtum dieser Jahreszeit ist darum nicht völlig verschwunden. Zwar sahen wir keine Johannisfeuer aufleuchten, und so fehlten die Böses abwehrenden Feuersprünge der Jugend; das Heilmöhlen von Glut ins Herdfeuer, das Schleudern der Scheite, die reifenden Gefilde gegen ungeheure Kräfte zu felen. Brauchtum des Niederrheins, „Jans-Tacks“ vom Nußbaum über die Haustür zu nageln oder Johanniskränze aus Kamille, Schafgarbe, Donnersdisteln oder Donnersblumen (Wiesenschaukraut) ans Haus zu hängen, ist hier nicht bekannt geworden. Aber auch in Borken pochte St. Johannis auf seinen altüberlieferten eigenen Charakter. Nach einer Anregung des Heimatvereins läutete um 1 Uhr wieder die Glocke der Johannisikirche.

Die Nachbarschaften kamen bei ihren Bienen zusammen zur Jahresberatung, mit Rückblick auf Ausblick. Und es war ein Beweis wiedererwachender Nachbarschaftsgeistes, der manchen Weg durch diese Zeit in Gemeinsamkeit erleichtern kann, wenn die Heidenstraße nach längerer Unterbrechung in Anwesenheit des alten Gildenmeisters Ebbert unter dem neu gewählten Gildenmeister Herpen erstmals wieder — und so gut wie vollzählig! — nachbarschaftlich zusammentrat. In der Kirche aber leuchtete das Weiß der Freude, das am Johannisfest keine dunklen Gedanken des Untergangs, sondern gläubiges Vertrauen in neue Anfänge will.

Jugend zeigt Tatwillen

Junge Union eröffnet den Borkener Kreisparteitag der CDU

Das Treffen der Jungen Union unseres Kreises, das am Samstag den CDU-Parteitag in Borken einleitete, war ein wirkungsvoller Auftakt. Der Währungsschnitt verminderte wohl die Zahl der Teilnehmer, nicht im geringsten aber die Schwungkraft der Jugend, die Verantwortungen vor sich sieht und Tatbereitschaft beweist.

Ein Beispiel hierfür gab schon der Hauptredner der Tagung, Fritz Kleibücker aus Gelsenkirchen. Er war mit seinem Begleiter auf dem Rade aus dem Ruhrpott nach Borken gekommen. Sein Referat, ruhig, sachlich, frei vorgetragen, ließ die gleiche innere Begeisterung für die Idee erkennen.

Das Jahrtausende alte, gottbezogene Weltbild der Menschen — begann der Redner seine Ausführungen — hat sich im Bestreben, die Vernunft vorherrschen zu lassen, in das egozentrische Denken der Neuzeit gewandelt. Der Liberalismus im Gefolge der Französischen Revolution von 1789 und Materialismus und Kollektivismus nach Marx-Engels' kommunistischem Manifest von 1848 sind seine charakteristischen Erscheinungsformen. Der Materialismus „drängt weiter vor. Wohin wollen wir gehen?“

Groß sei, neben vielen, die dem Osten, und vielen, die dem Westen und ihren soziologischen Leitsätzen zuneigten, die Partei der Unentschiedenen und der Verzweifelten. Die negative Politik in den Schlangen, Zügen und Gaststuben helfe nicht weiter. Auch unnötige Alarmer beeinträchtigten eine zielbewusste, ruhige Entwicklung. Die Währungsreform bringe ihre Schmerzen mit sich, sei aber eine notwendige Operation an einem kranken Körper, und mit der anschließenden Steuerreform und dem Lastenausgleich bedeute sie auch einen Schritt zur Lösung der sozialen Frage. Diese sei heute nur zu fordern, wenn über dem christlichen Eigentumsbegriff das Gebot der christlichen Nächstenliebe stehe, wenn Christentum ein echtes Christentum der Tat sei, das freiwillig Ueberschüssiges abzugeben bereit sei. Ein wirklicher Wideraufbau setze voraus, daß niemand als fünfter Stand abgeschriebe werde. Auch für die elf Millionen Flüchtlinge habe man einzutreten. Im Willen zur Einheit Deutschlands, der nicht erst durch Unterschriften zu bekunden sei, im Willen auch zu einem ungeteilten Deutschland hoffe alles mit ihnen auf baldige Heimkehr.

Die CDU sei nach 1945 in die Verantwortung eingetreten. Ihr Aufbauwille verdiene Anerkennung. Ihre Wirtschaftspolitik gehe nicht vom Schema, sondern vom Menschen aus. Die CDU als reaktionär verschrien zu wollen, sei eine Geheißigkeit, die der jungen Demokratie nicht diene. Und es dürfe nicht als nationalstiller Streitgespräch ausgelegt werden, wenn die ruhige Sprache der Wahrheit, die einmal ins KZ geführt hätte, nun im Bewußtsein von Verantwortungen etwa zu den Londoner Empfehlungen sich zu Wort melde. Kontroll- und Sicherheitsmaßnahmen seien eine mehrfache Belastung.

Auch zum Marshallplan habe man Kritik geäußert, er führe in die Abhängigkeit von USA. Er sei aber wohl gegen die Zielsetzungen des Ostens das kleinere Übel. Und man müsse das karitative Bemühen des Westens anerkennen, sich auch an Churchills entschiedenem Eintreten für die Vereinigten Staaten von Europa erinnern. In dieser Europa-Union dürfe man Deutschland freilich nicht von vorn herein unter dem Argwohn neuer Kriegswünsche und -vorbereitungen begegnen.

Allgemeine Zusammenarbeit sei anzustreben. Die westlichen Alliierten hätten eine hohe Verantwortung an der Erhaltung der abendländischen Kultur. Die Presse im Westen müsse verstärkt werden. In der Wirtschaftsankurbelung dürfe aber ein Wesentliches nicht übersehen werden: jeder solle die Trümmer beseitigung im eigenen Innern nicht außer acht lassen.

Unter solchen Voraussetzungen müsse die Junge Union mit Eifer daran gehen, die Arbeit der CDU, besonders auch auf kommunalem Gebiet, zu unterstützen. Die Einigungsbestrebungen

Unsere Kartoffelernte in höchster Gefahr!

Aus allen Teilen des Münsterlandes wird ein besonders starkes Auftreten des Kartoffelkäfers gemeldet. Tötet diesen Feind unserer Ernährung!

der christlichen Politiker verdienten Förderung. Und wenn die CDU nach der Währungsreform sich organisatorisch weiter ausbaue, müsse die Jugend tatkräftig zur Stelle sein. Sie müsse geweckt und geschult werden. Der Kampf gehe um die Erhaltung der echten Werte. Der Geist der Bergpredigt tue not. Nur Bekennermüt könne dem Materialismus wehren. Schließlich sei ein wahrer Friede nur im Geiste einer gottbezogenen Ordnung möglich, unter die sich die Christen und Gutgewillten in aller Welt stellen müßten.

Tagungsleiter Teriete dankte dem jungen Referenten mit herzlichen Worten. Er rief ebenfalls auf, alle möchten Aktivisten der sozialen Ueberzeugung sein und im eigenen Leben das rechte Beispiel geben. Der Kreisvorsitzende erinnerte an das päpstliche Wort von der Stunde des christlichen Gewissens, das dem ganzen Kreisparteitag vorangestellt worden sei. Es gelte, aus der Zurückhaltung herauszutreten und das Wollen der Jungen Union weiter zu tragen. Verinsleben sei heute nicht zunächst zur Unterhaltung da, es müsse in die Tiefe gehen, wenn nicht das Christentum mit dem Abendland in den Gefahren der Zukunft untergehen wolle. Als Elite überzeugter christlicher Menschen müsse die Junge Union zusammenstehen und in echter Gemeinschaft zusammenarbeiten.

Was wünschen Sie zuerst zu kaufen?

Pläne und Hoffnungen nach der Währungsreform — Das Ergebnis einer Umfrage

Die bedeutsamen und entscheidenden Maßnahmen der letzten Tage haben eine wirkliche Reformierung und Umgestaltung des deutschen Wirtschaftslebens bedingt. Vom großen Staatsausgleich bis zum kleinsten Privathaushalt muß nun gearbeitet und gerechnet werden. Die Preise auf dem Schwarzmarkt haben eine ungeheure Deflation erlebt. Mit dem Debit der Deutschen Markt war das Schloß der alten Reichsmark endgültig besetzt. Diese Erscheinungen im Gefolge der Währungsreform haben in Millionen Menschen die Hoffnung geweckt, daß nun wieder der alte, vertraute Vertrag in die Kaufkraft des verdienten Geldes nun auch in der beschwerlichen Zeit der dringenden Bedarf an Verbrauchsgütern zedeckt werden kann. Zwar fließt das Bruttoeinkommen der Produktion noch recht schwach, doch kommen, wie es scheint, jetzt ein Teil der gehorhten Waren zum Vorschein. Und maßgebliche Stellen versichern, daß genügend Waren vorhanden sei, um den Bedarf entsprechend der Kaufkraft decken zu können.

Eine Rundfrage bringt interessante Ergebnisse

Wie ist es nun mit den Kaufwünschen der Bevölkerung einer Stadt? Eine Rundfrage hat hier ein deutliches Bild gegeben. Männer und Frauen, die allen Bevölkerungsklassen angehören, gaben die Antwort: Um eine möglichst klare Angabe zu erhalten, wurde die Fragestellung so formuliert: „Was wünschen Sie zuerst zu kaufen zu können, und was ist Ihr zweiter Wunsch?“ Von den Befragten beiderlei Geschlechts haben sich ohne lautes Besinnen 94 Prozent für den Kauf von Lebensmitteln in ausreichender Menge ausgesprochen. Bei der Bevölkerung einer Stadt, die sich zum größten Teil aus Normalverbraucher zusammensetzt, war das nicht anders zu erwarten. Von den verbleibenden sechs Prozent waren vier Prozent für den Kauf von Wäsche und 2 Prozent für Oberbekleidung und Schuhe.

Der Bedarf an Schuhen und Unterwäsche

Wesentlich verschiedener und somit aufschlußreicher waren die Antworten auf die zweite Frage. Da die wichtigsten Lebensbedürfnisse schon in absehbarer Zeit zum freien Verkauf kommen, wendet sich die vorhandene Kaufkraft den übrigen Verbrauchsgütern zu. Von den Männern äußerten 57 Prozent den Wunsch auf Kauf von Schuhen, während es bei den Frauen nur 41 Prozent waren. Vermutlich ist es darauf zurückzuführen, daß die Frauen im Sommer leichte Sommerkleidung tragen können, und infolgedessen nicht den gleichen Verbrauch an Straßenschuhen hatten wie die Männer. An zweiter Stelle kommt der Wunsch nach Unterwäsche. Hier verteilt sich der Prozentsatz fast gleichmäßig auf Männer und Frauen.

Wünsche der Ostvertriebenen und Ausgebombten

Als besonders dringlich sehen zehn Prozent der Männer den Kauf von Anzügen an, und 17 Prozent der Frauen möchten sich neue, moderne Kleider kaufen. Bei der Feststellung des Prozentsatzes für den Kauf von Möbeln mußte eine Einschränkung in Neubürger, Flüchtlingskinder und Altbürger vorgenommen werden. Bei der Befragung sprachen sich 78 Prozent der Neubürger (Ostvertriebene), 50 Prozent der Flüchtlingskinder und 0 Prozent der „Davonschickten“ für den Kauf von Möbeln aus. Haushaltsgeräte, die in der Gesamtbefragung mit 19 Prozent rangierten, stehen bei 48 Prozent der Flüchtlinge und 48 Prozent der Ausgebombten an erster Stelle.

Tabak und Toilettenartikel wenig gefragt

Vier Prozent der Männer wünschen sich zuerst ein neues Rad zu kaufen, bei den Frauen sind es nur 0,8 Prozent. Demgegenüber stehen dagegen bei 17 Prozent der Frauen oben auf der Dringlichkeitsliste. „Friedensnüsse“ Toilettenartikel“ wünschen sich drei Prozent der Frauen und nicht ganz ein Prozent Männer. Schokolade und andere Genüßmittel erstauftenweise stellten von den Männern nur sieben Prozent den Wunsch nach

Tabakwaren in unbeschränkter Menge an die erste Stelle ihres Wunschzettels. Hier wolle sich schon der gesteigerte Anbau von „Eigenheimen“ aus.

Vier Schwerpunkte für die Produktion

Bei der Betrachtung dieser Kaufwünsche der Bevölkerung einer Großstadt ergeben sich für die Produktion vier Schwerpunkte: Schuhe, Textilien, Haushaltsgeräte und Möbel. Luxusartikel treten hinter das Lebensnotwendige weit zurück. Es wird also die vorrangigste Aufgabe der deutschen Produktion sein, den anfallenden Bedarf an erforderlichen Verbrauchsgütern zu decken. Im Zuge der Auflockerung der Zwangsbeschaffung wurden dem freien Handel u. a. verschiedene Arrangements sowie Fahrräder, Radiogeräte, Möbel und andere bisher bewirtschaftete Waren zugeführt. Mancher wird sich also schon heute, soweit er entsprechende Kaufkraft besitzt, seinen dringlichen Wunsch erfüllen können. Die Sorge „Wie werde ich mein Geld los!“ wird heute niemand mehr plagen. Hoffentlich wird die nahe Zukunft noch weitere, und dringende fehlende Dinge auf dem freien Markt sehen.

Bocholter Haushaltsplan vorbildlich, aber...

In der letzten Stadtverordnetenversammlung vom 25. Juni wurde als einziger Punkt der Tagesordnung der Haushaltsplan behandelt. Dieser Haushaltsplan, der wegen technischer Schwierigkeiten erst jetzt in Druck vorgelegt werden konnte, verlor nun nach der Währungsreform jede reale Grundlage, zumal durch das am 26. Juni bekanntgewordene abschließende Gesetz zur Währungsreform alle staatlichen Organe, darunter auch die Kassen der Kreise und Städte, ihre Bestände an Altgeld vollständig verlieren, also nicht aufgewertet bekommen. Obwohl diese letzte Tatsache am Tage der Stadtverordnetenversammlung noch nicht bekannt war, waren sich alle Fraktionen darin einig, daß der Haushaltsplan in seiner jetzigen Fassung und Aufstellung keine Gültigkeit mehr haben könnte. Stadtkämmerer Pfitzner, dem von allen Fraktionsprechern Dank und Anerkennung für die klare und übersichtliche Aufstellung des Haushaltsplanes gezollt wurde, gab zu diesem noch einen Kommentar, da der vorliegende Plan trotz der notwendigen Änderungen der Ansätze die Grundlage für die Haushaltswirtschaft 1948 bleiben würde. Auch er brachte zum Ausdruck, daß durch die Währungsreform der Plan überhaupt nicht, doch bitte er um Verabschiedung desselben, um für das 1. Quartal 1948 eine Rechtsgrundlage zu erhalten. Zweifelloß würden ein-

schnellende Änderungen sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben notwendig, die im Nachtragshaushaltsplan Berücksichtigung finden würden. Die Haushaltsatzung sieht im ordentlichen Plan an Einnahmen RM 7.260.000,— und an Ausgaben RM 7.260.100,— vor. Hierfür ergibt sich ein Defizit von RM 100,—. Das Defizit vom Jahre 1947 betrug 24 Millionen. Im außerordentlichen Haushalt sind RM 400.000,— als Einnahmen und Ausgaben verbucht.

Nachdem die Fraktionsführer im allgemeinen wie auch im einzelnen zu dem Plan Stellung genommen hatten, wurde er angenommen, und zwar in Verbindung mit dem Beschluß, daß der Hauptausschuß in dieser Zeit der ungeklärten und schwierigen Finanzverhältnisse durch öftere Zusammenkünfte in enger Fühlungnahme mit der Stadtverwaltung bzw. der Stadtkämmerei bleibe und daß er beschlußfähig handeln könne. Anschließend fand eine Geheimitzung statt.

Heiden

Die neuen Schiedsmänner. Für die Wahlperiode bis Oktober 1950 sind im Schiedsmannbezirk Heiden Landwirt Johann Pels, Heiden-Leiblich 105, als Schiedsmann und Landwirt Alois Vorcholt, Heiden-Leiblich 75, als Stellvertreter beauftragt worden.

Gute Leistung der Bocholter Jugend-Faustballer

Bezirksmeister 1948 nach überlegenen Spielen beim Turnier in Essen

Um trotz der schwierigen Verhältnisse doch an den Kämpfen um die Bezirksmeisterschaft teilnehmen zu können, führen die Bocholter Jungen am Samstag mit dem Fahrrad von Bocholt nach Essen, eine Fahrstrecke von hin und zurück 130 Kilometer. Durch strömenden Regen und starken Sturm ging die Fahrt nur bis Erle, wo die Weiterfahrt unmöglich wurde. Um 4 Uhr am Sonntag ging es dann weiter. In Essen mußte die Mannschaft gleich ins Treffen. Um 9 Uhr begann bereits das erste Spiel. Mit 4:33 mußte Ruhrort die Ueberlegenheit der Bocholter anerkennen. Auch die beiden weiteren Gegner, Jahn Essen und Essen-Bergedorf, wurden klar mit 4:34 und 5:33 geschlagen und damit in überlegener Manier ungeschlagen die Bezirksmeisterschaft 1948 erkämpft. Am zweiten Tage folgte Jahn Essen mit vier Punkten. Diese beiden Mannschaften nahmen am 11. Juli 1948 an den Landesmeisterschaften des rheinischen Turnerbundes teil.

Die Bocholter Mannschaft mit R. Jungbluth, A. Schlatt, H. Honsel, J. Ridder, W. Seggewitz, Tebrocke und als Begleiter E. Remmer erhielt eine besondere Anerkennung von der Wettkampfleitung für die fabelhafte Leistung. Auch unseren herzlichen Glückwunsch der Meistermannschaft.

Kreisgruppenscheidungsturnen in Rheinhausen

Nur zwei Turner konnten wegen der augenblicklichen Verhältnisse an dem Ausscheidungsturnen teilnehmen. Paul Bongert und Jupp Wittig konnten sich in ihren Klassen für die weiteren Kämpfe in Frankfurt qualifizieren. P. Bongert, endete im Zehnkampf Männer, Oberstufe, Kunstturnklasse, an 3. Stelle, J. Wittig belegte den 1. Platz im deutschen Sechskampf. Durch Handverletzung in den Wurfbewerben behindert, konnte er sich trotzdem noch in die Siegerliste eintragen.

Bocholt

Gefäß des Friedens

Es ist sozusagen über Nacht wieder zu Ehren gekommen, zu wirklichen Ehren und zu friedvoller Verwendung: mein Kochgeschirr aus der Kriegs- und Soldatenzeit, das mich all die Jahre hindurch getreulich begleitet hat. Aber war das Kochgeschirr damals ein Stück der Ausrüstung eines Kriegers, so ist es jetzt zu einem Gefäß des Friedens geworden. Denn mein Kind nimmt es jetzt täglich mit in die Schule für die Kinderspeisung.

Damals hatte das Kochgeschirr die Aufgabe, den Besitzer durch seinen stetig wechselnden, eßbaren Inhalt körperlich stark sein zu lassen, um die ihm zwangsweise auferlegten Soldatenpflichten erfüllen zu können. Jetzt hat das Kochgeschirr eine viel schönere und edlere Aufgabe: mein Kind stark für den Frieden werden zu lassen. Stark für den Frieden! Denn die Gabe jener willkommenen Gaben, die die Spelung möglich machen, wollen damit dem Frieden und der Völkerverständigung dienen. Sie wollen durch diese Gaben die Gräben und Zäune, soweit sie noch zwischen den Völkern bestehen, ausfüllen und niederlegen. Sie wollen einander helfen in der Not. Sie wollen frühzeitig und tief in die jungen Herzen der Kinder Gedanken des Friedens streuen. Sie wollen Herz und Geist so ganz und gar mit jenen Gedanken des Friedens ausfüllen, daß Gedanken des Krieges und der Rache, der Feindschaft und des Hasses keinen Platz mehr darin finden können.

So ist mein Kochgeschirr, das innen blank ist und außen grün gestrichen, jetzt zu einem Hilfsmittel der Friedensfreunde geworden. Vielleicht ist das der Anfang der Erfüllung jenes Wortes, das sagt, daß die Schwerter in Pflugscharen und die Messer in Sicheln umgeschmiedet werden sollen.

„Raustreten! Essen fassen!“ So schnarrte es früher durch den Gang in die Stuben der Kaserne. Heute jauchzen die Kinder voller Freude und rufen einander zu: „Das Auto ist da! Zum Essen kommen!“ Das ist eine heilere Musik im Ohr wie ehemals. Wenn auch der Verwendungszweck des Kochgeschirrs der gleiche geblieben ist, gewandelt hat sich aber der Sinn.

Carl J. H. Villiner.

Bestandene Meisterprüfung. Vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer Münster bestanden die Maurermeisterprüfung Wilhelm Radstaak, Franzstr. 5, und Herbert Reiche, Augustastraße.

Sinnlose Zerstörungssucht. Wenn jemand in einen fremden Garten eindringt, sich Früchte aneignet und mitnimmt, so ist das ein Diebstahl. Diese Tat läßt sich also bezeichnen. Wenn aber eine oder mehrere Personen in fremde Gärten steigen, Gemüsebeete zertreten, Zweige mit unreifen Früchten von den Bäumen reißen, kurz, sich in einer zerstörungswütigen Sucht gebärden, wie dieses in einem Garten an der Degenerstraße geschah, so ist es schwer, für solch eine Tat das richtige Wort zu finden. Fast die ganze Arbeit eines Frühjahrs wurde zunichte gemacht. Sind wir immer noch nicht soweit, daß wir unsere Gärten ohne Flur- und Feldschutz lassen können?

Euch grüßt die Heimat...

In der Zeit vom 13. bis 26. Juni kehrten folgende Kriegsgefangene zurück aus Rußland: Bernhard Mecking, Mussumer Kirchweg 101; Adolf Topp, Tirolerstr. 19; Heinrich Schöttler, Heideweg 99; Josef Wewerling, Sachsenstr. 108; Theodor Tenbrock, Bärndorferstr. 12; Josef Droste, Eintrachtstr. 53; Eugen Büsing, An der Bleiche 12; Johann Büsing, An der Bleiche 12; Johann Ebbert, Boesgeste 9; Josef Kaczmarek, Hochfeld 155; Heinrich Winter, Ravardistr. 34; Bernhard Wennigmann, Spenstr. 21; Jos. Fahrland, Industriestr. 7; Hermann Wienand, Gneisenaustr. 31; Heinrich Benning, Masstr. 3; Wilhelm Rieker, Hansastr. 14; Johann Büsing, Kreechingerstr. 57; Aus Frankreich: Heinrich Sowers, Leopoldstr. 20; Gerhard Overbeck, Hochfeld 112; Horst Manick, Franzstr. 40; Felix Druks, Nordstr. 56, z. Z. Stenem 61; Aus England: Karl Hunhoff, Knufbachstr. 6; Bernhard Nienaber, Blüthofenstr. 1; Paul Eilers, Sachsenstr. 54.

Denkt Ihr an unsere Heimkehrer?

Was das Sozialministerium für die Heimkehrerbetreuung vorsieht.

Eigener Bericht der „Westfälischen Nachrichten“

W. S. Düsseldorf, im Juni 1948. „Die Fürsorge für die Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft ist Dankeschuld auch für die verarmte und zerstörte Heimat. Es soll ihnen die Rückkehr so leicht wie möglich gemacht werden. Bis zur Eingliederung in die Arbeit stehen sie unter besonderem Schutz des Landes NRW.“ Dies ist das Vorwort eines Erlasses des Sozialministers von NRW, der sich mit der Fürsorge der entlassenen Kriegsgefangenen beschäftigt und die Grundlage der Betreuungsarbeit für die Heimkehrer darstellt.

Das Sozialministerium strebt eine unbürokratische Wiedereingliederung der Heimkehrer in das bürgerliche Leben an. Bürgermeister und Gemeindevorstände werden aufgefordert, die entlassenen Kriegsgefangenen möglichst selbst zu empfangen, und den Gemeindevorstandern wird empfohlen, sich in ihre Bezirke Heimkehrer besonders anzunehmen. Um die Neueingliederung reibungslos zu vollziehen, ist in den Stadtkreisen jeweils eine Stelle eingerichtet, die alle Vollmachten bis zur endgültigen Wiedereingliederung in das bürgerliche Leben hat. Die eingerichteten Betreuungsstellen, die die Heimkehrer in allen Schwierigkeiten beraten und

ihnen in jeder Notlage helfen sollen, stehen den entlassenen Kriegsgefangenen bis zur Aufnahme ihrer Arbeit zur Verfügung.

In der Zeit zwischen Rückkehr aus der Gefangenschaft und Arbeitsbeginn ist für jeden Heimkehrer ein 14tägiger Urlaub vorgesehen, während dem die Festsetzung der Arbeitsfähigkeit durch das Gesundheitsamt erfolgen soll. Auch eine finanzielle Hilfe in Form einer Auszahlung von 50 DM und eine materielle Hilfe der Versorgung durch die Wirtschaftsämter sollen dem Heimkehrer in dieser Zeit gewährt werden.

Für eine erleichterte Unterbringung der Heimkehrer in handwerkliche Berufe hat der Berufsausbildungsausschuß der Handwerkskammern und Fachverbände in der britischen und amerikanischen Besatzungszone Richtlinien erlassen, nach denen entlassene Kriegsgefangene das Recht auf Fortsetzung und Abschluß einer begonnenen Berufsausbildung haben.

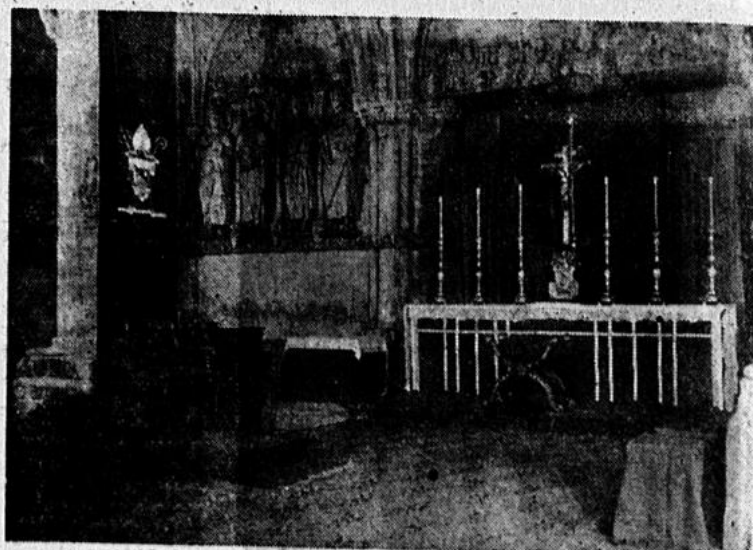
Für die Anrechnung der in Lagern durchgeführten Lehrzeit und die Anerkennung der dort abgelegten Gesellen- und Meisterprüfungen sind besondere Bestimmungen erlassen worden.

Den Betreuungsstellen wird zur Aufgabe gemacht, ihre besondere Sorge den kranken Heimkehrern zuzuwenden. Für Heimkehrer, die in geschlossenen Krankentransporten nach NRW transportiert werden, stehen die Krankenanstalten Gütersloh, Hemer, Wuppertal-Ronsdorf, Langenberg, Bedburg-Hau und Marienheide zur Verfügung. Außer der notwendigen Behandlung erhalten sie ein monatliches Taschengeld von 15 DM. Die Kosten der Behandlung übernehmen bei Versicherten ihre Krankenkassen. Besteht

Gottesdienst im „Paradies“

Das Domkapitel beging das Fest „Peter und Paul“ im „Paradies“ des Domes mit einem Pontifikalamt, an dem auch viele Gläubige aus allen Kreisen der Bevölkerung teilnahmen. Unser Bild zeigt den Altar und seitlich die Kathedra, den Sitz des Bischofs.

Photo: Clemens Hülsbusch



Die Rationen in der I. Dekade

Brot-Abschnitt	11	12	13	14	15	16
1 A	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1 B	500	500	500	500	500	500
1 C	500	500	500	500	500	500
Insges.	2500	3000	3000	2000	500	800

Außerdem: Für 14, 24 und 15, 25, 35 auf 1 B Zw und 1 C Zw je 200 g.

Nährmittel: Auf 1 je 250 g für 11-15, 21-25, 31-35 und 16; auf 1 A 250 g für 11, 12, 21, 22, 31, 32 und 17; auf 1 B 250 g für 15, 25, 35 und 2a-c für 16.

Fleisch: Die Fleischration unverändert 100 g. Bei Zulagekarte für Mütter Fleischration von 100 g vorgesehen.

Frühstücksteine sind für die 1. Dekade der 116. ZP auf Abschnitt 01 D der Frühstückskarte für Verbraucher über 3 Jahre = 2500 g und auf Abschnitt 02 D für Kinder von 1-3 Jahren = 1250 g abzugeben.

Fett: Auf 1 je 100 g Margarine für 11, 12, 13 sowie 100 g Butter für 14, 15; für 11 und 12 auf 1 A 50 g Margarine, außerdem für 16 25 g Butter; auf 1 B für 11 50 g Schmalz; für 13 100 g Butter; für 16 je 50 g Butter auf 1a und 1b.

Hausfrauen, prüft die Preise!

Düsseldorf, 26. Juni. (DPD) Die Preisbehörde teilt mit: Es ist zu erwarten, daß nach der Währungsreform eine fühlbare Geldknappheit eintritt und alle Verbraucher wieder mit dem Pfennig rechnen müssen. Da in der letzten Zeit die zulässigen Preise für alle Waren stark in Vergessenheit geraten sind, werden diese hiermit veröffentlicht, damit in der ersten Zeit Übervorteilungen nach Möglichkeit ausgeschaltet werden.

Weizenmischbrot	1500 Gramm 0,63 DM
Weizenbrot	1500 „ 0,72 „
Weißbrot (weißes Mehl)	1000 „ 0,52 „
Weißbrot (graues Mehl)	1000 „ 0,48 „
Schwarzbrot am Stück	1500 „ 0,60 „

Schwarzbrot, geschnitten	500 Gramm 0,22 DM
Schwarzbrot, geschn. u. verp.	500 „ 0,24 „
Pumpernickel am Stück	1500 „ 0,72 „
Pumpernickel, geschnitten	500 „ 0,26 „
Pumpernickel, geschn. u. verp.	500 „ 0,28 „
Brötchen	50 „ 0,03 „
Butter, beste Sorte	500 „ 2,56 „
Margarine	500 „ 1,22 „
Butterschmalz	500 „ 3,20 „
Rübenkraut	500 „ 0,44 „
Vollmilch	1 Liter 0,36 „
Magermilch	1 „ 0,24 „
Suppenfleisch	500 Gramm 0,90 „
Bratfleisch	500 „ 1,00 „
Kaffee-Ersatz, lose	500 „ 0,44 „
Graupen	500 „ 0,27 „
Haferflocken	500 „ 0,34 „
Gerstflocken	500 „ 0,28 „
Schnitt- oder Bandnudeln	500 „ 0,44 „
Hörnchen	500 „ 0,44 „
Spätzle	500 „ 0,45 „
Makkaroni	500 „ 0,46 „
Weizenmehl	500 „ 0,22 „
Weizengrütze	500 „ 0,26 „
Weizenflocken	500 „ 0,28 „
Zucker, nach Qualität	500 „ 0,56-0,60 „
Essig, o. Fl., 5proz.	1 Liter 0,46 „
Salz	500 Gramm 0,13 „
Seifenpulver	250 „ 0,25 „
Feinseife	Stück 0,32 „
Einheitsseife	„ 0,12 „
Rasierseife	„ 0,30 „

Alle Verbraucher werden aufgefordert, an der Einhaltung dieser Preise mitzuwirken. Die Preisbehörde wird diese Waren deshalb unter ganz besondere Kontrolle stellen. An der Kontrolle der oben aufgeführten Waren kann aber jeder mitwirken und dadurch die Arbeit der Preisbehörde unterstützen.

Für Gemüse und Obst wurden ebenfalls Höchstpreise festgesetzt. Nach Auffassung der Preisbehörde ist aber zu erwarten, daß die Höchstpreise bei Anhalten des starken Gemüseangebots nicht überschritten werden. Die Verkaufspreise für Gemüse werden in den meisten Fällen unter den Höchstpreisen liegen. Die neuen Höchstpreise für Obst wurden wie folgt festgesetzt:

Stachelbeeren (unreif)	500 Gramm 0,39 DM
Südkirschen	500 „ 0,38-0,50 „
Erdbeeren	500 „ 0,92 „
Johannisbeeren, weiß u. rote	500 „ 0,46 „
Johannisbeeren, schwarz	500 „ 0,75 „
Himbeeren	500 „ 0,85 „
Sauerkirschen	500 „ 0,65 „

Schnittlauch, Petersilie und Suppengrün sind in der Preisgestaltung freigegeben. Kopplungs-geschäfte sind als Warenvertreuer streng verboten.

Noch einmal Pohl-Prozeß

Nürnberg, 28. Juni. (DPD) Alle Angeklagten des Pohl-Prozesses, die von einem amerikanischen Militärgericht in Nürnberg am 3. November 1947 zu Todes- und Freiheitsstrafen verurteilt wurden, sind auf Antrag ihrer Verteidiger von Landsberg nach Nürnberg gebracht worden. Die Verteidiger im Pohl-Prozeß waren aufgefordert worden, zur Überprüfung der Urteile neue Anträge bis zum 12. Juli einzureichen.

Sport der WN

Borussia von der Meisterschaft ausgeschlossen

Dortmund, 30. Juni. (DPD) Borussia Dortmund weigerte sich in einem an den Zonenfußballausschuß gerichteten Telegramm, das von diesem für den 4. Juli gegen TSV Braunschweig in Hannover angesetzte Entscheidungsspiel um den dritten Platz in der Zonenmeisterschaft auszutragen. Als Antwort auf diese Weigerung gab der Zonenfußballausschuß eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Die Teilnahme des Ostzonen- und Berliner Vertreters an der deutschen Fußballmeisterschaft ist in Anbetracht der jüngsten politischen Entwicklung ernsthaft in Frage gestellt. Es ergab sich für den Zonenfußballausschuß die Notwendigkeit eines Ausscheidungs-spiels um den dritten Platz in der Zonenmeisterschaft zwischen Borussia Dortmund und TSV Braunschweig. Borussia Dortmund glaubte sich mit der Spielansetzung nicht einverstanden erklären zu können und lehnte in einem Telegramm an den Vorstand des Zonenfußballausschusses ein Aussetzen der Mannschaft in Hannover mit folgender Begründung ab: „Lernen ihre diktatorischen Maßnahmen ab. Trete Sonntag in Hannover nicht an. Halten uns an die vertraglichen Abmachungen von Braunschweig gebunden.“

Darum sah sich der Zonenfußballausschuß (Spielleitung) gezwungen, Borussia Dortmund von der weiteren Teilnahme an den Spielen auszuschließen und TSV Braunschweig als dritten Vertreter in der deutschen Fußballmeisterschaft zu nominieren. Gleichzeitig wurde beim Fußballverband Nordrhein-Westfalen die Einleitung eines Verfahrens wegen Disziplinlosigkeit gegen Borussia Dortmund beantragt.

Westdeutscher Sport nach der Währungsreform

Düsseldorf, 28. Juni. (DPD) Die 40prozentige Vermögenssteuer für Amateur-Sportveranstaltungen steht nach der Währungsreform im Mittelpunkt der Diskussionen in allen Sportverbänden und -vereinen. So hat der Landesverband Nordrhein-Westfalen, dem alle Fachverbände Westdeutschlands angehören, die Vereine aufgefordert, bei der städtischen und Kreis-Steuerämtern eine Steuerbefreiung zu beantragen mit dem Hinweis, daß keine große Veranstaltung geplant wird, wenn dieser Notwendigkeit nicht Rechnung getragen wird. Der Fußballverband ist bereit, die D-Mark liegenden Eintrittspreise zu versteuern.

In Düsseldorf ist die Steuerbefreiung schon vor längerer Zeit abgelehnt worden. Der Vorsitzende des Schöller vom Ortsverband der Düsseldorf Sportvereine die Vereine angewiesen, für die am 27. Juni ausgetragenen Spiele keine Steuern bei den D-Mark liegenden Preisen abzuführen.

Am Freitag findet eine Tagung sämtlicher Vereine statt, zu der neben dem Oberbürgermeister und Stadtdirektor auch führende Politiker geladen wurden. Der Ausgang dieser Beratungen wird entscheidend auch für die Austragung des Zwischenrundenmeisters um die Deutsche Fußballmeisterschaft am 18. Juli sein. Andere Städte sind nämlich bereit, bei Preisen unter eine D-Mark auf Steuern zu verzichten.

Westfälisches Bundesturnfest abgesagt

Das Bundesturnfest des Westfälischen Turnbundes, das vom 9. bis 11. Juli in Hamm stattfinden sollte, ist in das Jahr 1949 verlegt worden, um Bund und Vereine finanziell zu entlasten. Das Turnfest der britischen Zone am 24. und 25. Juli in Halm am See und das Frankfurter Turnfest vom 19. bis 22. August werden in der geplanten Weise durchgeführt.

Ein Pfund Kaffee 50 Pfg. - der Aufschlag 23.50 D-Mark

Das Kaffee-Kontor Bremen pessimistisch wegen Preis und Qualität

Bremen, 30. Juni. (DPD) Die neue Verbrauchssteuer für Kaffee ist nach einer Erklärung des Kaffee-Kontors in Bremen ohne Befragung des Kaffee-Handels festgesetzt worden. Es wird als eine für den Handel untragbare Zumutung bezeichnet, daß dieser sich bei sehr geringen Gewinnspannen auf eine derart teure und zudem qualitätsmäßig voraussichtlich nicht abzusetzende Ware festlegen soll.

Zur Begründung wird folgende Kalkulation gegeben: Ein Pfund Rohkaffee 0,50 DM., Zoll 0,80 DM., Verbrauchssteuer 1,5 DM., Einbrandaufschlag 4,08 DM., Umsatzsteuer 1,35 DM., zusammen also 21,75 DM. Auf diesen Preis kommen noch Frachtkosten, Lagergebühren, Versicherungs- und Verpackungskosten, wodurch der Preis pro Pfund sich auf etwa 22 DM. stellen würde. Da ein Verkaufspreis von 24 DM. festgesetzt ist, bleiben für Handelsspannen und Provisionen nur etwa 2 DM.

Bezüglich der Qualität des Kaffees wurde vom Bremer Einfuhrkontor als Beispiel eine Partie von 1500 Tonnen Novo redondo Unselected genannt. Die Einfuhr dieses Kaffees sei vom Erzeugerland verboten, da die Partie nur zu 40 Prozent aus Bohnen bestehe, 60 Prozent aber für den menschlichen Genuß ungeeignet und nur zur Verheizung zu gebrauchen seien.

Sechsfache Giftmörderin gesucht

Köln, 28. Juni. (DPD) Seit Herbst 1946 ist in allen vier Besatzungszonen eine etwa 35jährige Frau aufgetreten, die alleinstehende Frauen in deren Wohnung betäubte und ausraubte. Die Frau, die schon in 16 deutschen Städten aufgetaucht ist, verschaffte sich im allgemeinen unter falschen Angaben Zutritt in die Wohnungen, schickte etwa anwesende Personen mit der Bitte fort, für sie irgendwo einen Koffer mit Lebensmitteln abzuholen, und bot dann schmerzstillende

Arzneien oder mit Betäubungsmitteln versetzte Zigaretten an. Habe die Wohnungsinhaberin danach das Bewußtsein verloren, so verschwinde die Unbekannte unter Mitnahme aller Wertsachen und Lebensmittellieferanten.

Am 22. Juni trat die Unbekannte in Köln auf. Es war das 16. bisher bekanntgewordene Fall. Sechs ihrer Opfer sind an den Vergiftungen gestorben.

Die Frau ist etwa 1,75 bis 1,78 Meter groß, hat tizianrot oder kastanienbraun gefärbtes Haar, ein ovales Gesicht, weiße vollständige Zähne und große schwarze Augen. Sie ist immer gut gekleidet. Nachrichten nimmt jede Polizeidienststelle entgegen.

Es wird wieder Wein ausgetrenkt

Koblenz, 27. Juni. (DPD) Rheinisch-pfälzische Weinhäuser, darunter die weit über die Landesgrenze hinaus bekannten Häuser Scheid und Hubertus in Koblenz, und das historische Faust-Haus in Bad Kreuznach, haben jetzt ihre Pforten wieder geöffnet und schenken nach jahrelanger Pausa wieder Wein aus.

In den Kaufhof-Betrieben von Ludwigshafen und Mainz wurden bewirtschaftete Waren zum Verkauf angeboten. Der hierzu benötigte Bezugsschein war direkt an der Kasse zu haben.

Zentralausgleichsstelle für Akademiker

Bielefeld, 28. Juni. Eine Zentralausgleichsstelle für akademische Berufe und besonders qualifizierte Techniker ist beim Zentralamt für Arbeit in Lemgo errichtet worden. Damit ist eine Stelle geschaffen, bei der die Angebote von Arbeitsuchenden dieser Berufsgruppen zusammengefaßt werden.

Nach Gottes hl. Willen entschlief heute um 21.15 Uhr mein lieber Mann, Schwager und Onkel

Johann Harks

Er starb nach kurzer schwerer Krankheit versehen mit den Tröstungen der kath. Kirche im Alter von 77 Jahren. Um ein frommes Gebet und stiller Teilnahme bittet in tiefer Trauer: Frau Elisabeth Harks, Löwenwick, den 28. 6. 1948.

Für die vielen Beweise herzlichen Teilnahme und für die vielen Kranzsendungen beim Heimgang meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. Frau Joh. Blomm geb. Bollmann und Kinder. Das Sechswochenseelenamt findet statt am Donnerstag, 1. Juli, 7.45 Uhr in der Notkirche zu Dinslaken, wozu freilich eingeladen wird.

Familienanzeigen

Dankanzeigen

Für die vielen Aufmerksamkeiten, Glückwünsche und Blumenbesuche zu unserer goldenen Hochzeit sagen wir allen, besonders der Nachbarschaft, recht herzlich Dank Fritz Warming und Frau Bocholt.

Veranstaltungen

319. Zuchtschweine-Absatzveranstaltung in Münster (chem. Artilleriekaserne) Eingang Steinfurter Straße am Dienstag, dem 6. Juli, 12 Uhr. Körnung ab 9 Uhr.

Auftrieb ca. 70 Eber und einige trakt. Erbsenansaat. Einkäufer genehmigungen der Kreisbauernschaften sind vorzulegen. Landesverband Westf. Schweinezüchter e. V. Münster i. W. Langenstraße 46.

Geschäftsanzeigen

Möbel-Voth, Bocholt, Verkauf ab Donnerstag, 1. 7., Dinslaken Str. 2, früher Mittelstandshaus, Werkstätten Frankenstraße.

Ihre Fahrt lohnt sich! Eifenbeinlackfarbe, hell u. dunkel per Kilo 6 DM., Fußbodenlackfarbe per Kilo 4 DM. und Tapeten stets zu haben bei Tapeten-Schneppf, Hamburg. Altmärkt 6.

Zur Kinderkommunion empfiehlt Wein und Sekt Weinhandlung Viehbold, Bocholt. An der Bielefeld 12. Verkauf jeden Nachmittag von 10-13 Uhr.

Ernte Kartoffelkaffergelb erfordert gründliche, durchgreifende Staubung mit NEXIT, dem fälschlichen Staub! Das heißt aber: mehrmals, bei starkstem Befall - in kürzeren Zeitabständen - einhauchen damit Larven und Käfer vernichtet werden. Besonders wichtig: hauchdünnstäuben! Wer NEXIT ausstreut, statt es hauchdünn zu „verstauben“, verzögert dieses überall so dringende nützliche durchgreifende und ungefähliche Vernichtungsmittel gegen Kartoffelkäfer! Lieferung nur durch den Fachhandel, Der CELA-Pflanzeneschutzmann, Ingelheim (Rhein).

Wechselformulare, lose u. geblockt, an Wiederverkäufer und an Firmen sofort lieferbar. E. Holtorf, Buchdrucker, Oelde.

Herrenhüte wie neu im Huthaus Seiffert, Osterstr. 1.

Wohnung u. Geschäft befindet sich ab 1. 7. wieder Neustr. 11. Albert Bliker, Malermeister.

Ihren Bohnenkaffee erhalten Sie in bestmöglicher Qualität bei Th. Benning-Schwenken. Depot-Niederradlage und Alleinverkauf der Hamburger Kaffee-Import-Firma Tenzelmann.

Johannisbeeren können ab sofort angetrocknet werden. Anlieferung nur vormittags. Willh. van Nijmegen, Fruchtverwertung, Hamminkeln, Tel. 129 Ringenberg.

Achtung! Landwirt! Schrotmüllern u. Haferquetschen ab sofort bei günstigen Zahlungsbedingungen lieferbar. Fassungsbüro 50.

Kilo. Ink- u. Handelsbüro Rhein-Ruhr, Landwehr 135.

Friseursalon Dams vorbildliche Preise. Bocholt, Schaffeldstr. 90. Geschäftszeit: 9-12 und 13.30-19 Uhr.

Hoehland, Gegenwart u. Frankfurter Hefe können noch bestellt werden ab 1. Juli 48. Temming u. Heiborn, Bocholt.

WENDELINUS hilft im Nu - gibt geplatzten Tieren Ruhe! Wenn die Legeleistung deiner Hühner zu rückgeht, ist sehr oft Kräfteverlust durch quälenden Milbenbefall schuld. - Diese Brutzeuger kommen nachts aus Streu, Lokenestern, Ritzen und Fugen des Stalles heraus und sie tagüber schwer festzustellen. - Hühner an den Beinen fassen und kräftig mit WENDELINUS-Pulver einpinseln! Auch die Schnupfwinkel der Milben im Stall. Hilft sofort! Lieferung nur durch den einschlägigen Fachhandel, CELA, Ingelheim (Rhein).

Kaufe jed. Post, Geflügel u. Wild. A. Rikert, Eier-, Butter-, Wild- u. Geflügelhändler, Borken, Tel. 201.

Aux. Bäcker, Schuh- u. Schäfte-macherei, jetzt Borken, Nordring.

Der große Frühjahrschlag „Ohrenschmerz“ in Rosen- u. Perlentönen das Paar 6,90 u. 3,25 DM. liefert in allen Farben per Nachnahme von 15 Paar aufwärts Hoffmann-Hof, Hof/Saale, Lorenzstr. 25.

Stellenmarkt

Kinderliebe, ehrl. Hausgehilfin, u. unt. 18 J. gesucht. Frau Rechts-anwalt Dr. Staelele, Rheide, Hohe Str. 1.

Ehrl. tücht. Mädchen für Geschäftshaus (Bäckerei) bei vollem Fam.-Anschluß gesucht. Näh. WN Borken.

Selbständiger Möbelschreiner sucht Stellung in Bocholt od. Umgebung mit 2-Zim.-Wohnung u. fort od. später. Näh. Bocholt, Schützengr. 55.

Hess, kath. Bauernsohn, 23 J., s. Stelle als Erstknicht auf Hof, wo später Einheirat geboten wird. Näh. WN Borken.

Maschinenist auf Dieselmotoren, Dampfmaschine u. Dampfmaschinen, ed. a. Stelle. Fröh. Beschäftigt. Reichsb.-Kraftwerk. Näh. WN Borken.

An- und Verkäufe

Guterhalt., fahrbarer LKW, 1-1/2 Ltr., evtl. Tempo, Opel etc., zu kaufen gesucht. J. H. Coehne jun., LK-Vertrieb und Wein-großhandlung, Stadtholz. Neuer Hotelier, 1.85x85, abzugeben. Anzob. NB 24 WN Borken.

Beerenoast (Stachel-, Johannes- u. Himbeeren) zu kaufen ges. Näh. WN Borken.

Guterhalt. Tempowagen zu verkaufen. Zuschr. unt. 1626 a. d. Geschäftsst. WN Bocholt, Gellerstr. 6.

Gutes Holzstühlchen abzugeben. Näh. Rademacher, Rheide.

Edle Deutsch-Kurhaar-Welpen u. best. Stammbaum gibt ab Th. Rozmans, Homer Post Raesfeld.

Verschiedenes

Ehefrau mit erwachs. Tochter s. 2 klein. Räume od. 1 groß. Raum in Bocholt. Off. unt. 1627 a. d. Geschäftsst. WN Bocholt.

Möbl. Zimmer für Behördenange-stellten ges. Zuschr. erb. Borken, Postfach 49.

Angestellter sucht möbl. od. leer. Zimmer mit Beköstigung i. d. Umgebung v. Bocholt. Zuschr. 1635 a. d. Geschäftsst. Bocholt, Gellerstr. 6.

Junger Mann, 28 J., sucht Mädel zw. 18 u. 22 Jahren kennenzulernen. Wwe ohne Anhang, abnehmend. Anzob. mit Bild (zurück) unt. NB 241 WN Borken.

Erstkl. Großstückschneider sucht sof. Heimarbeit. Anzob. unt. NB 239 WN Borken.

Die Beleidigungen, die ich gegen Geschw. Mia u. Martha Fickling, Groß-Roken, Kirchhauerschen, 60. gemacht habe, nehme ich zurück. Bedauern! Ale unwahr zurück. Frau Meta Matzke, Groß-Roken, Kirchhauerschen 60.

Amtliche Bekanntmachungen

Bocholt, 2 HR A 921. Im Handelsregister A ist heute unter Nr. 921 die Firma Alfred Barkowky mit dem Sitz in Bocholt und als deren Inhaber der Kaufmann Alfred Barkowky in Bocholt eingetragen worden.

Bocholt, 2 HR A 674. Im Handelsregister A Nr. 674 ist heute bei der Firma Wilhelm Küsters in Dinslaken eingetragen, daß das Geschäft nebst Firma auf den Kaufmann Heinrich Küsters in Dinslaken, dessen Prokura erloschen, übergegangen ist.

Bocholt, 2 HR A 656. Im Handelsregister A Nr. 656 ist bei der Firma Carl Heitzel in Anholt heute eingetragen, daß die Firma Carl Ludw. Heitzel geändert ist. Inhaber ist der Kaufmann Carl Ludw. Heitzel in Anholt.

Bocholt, 2 HR A 681. Im Handelsregister A Nr. 681 ist heute bei der Firma Wilhelm Tacke, Bocholt, eingetragen, daß das Geschäft nebst Firma von der Erbin des bisherigen Inhabers auf den Kaufmann Franz Josef Tacke in Bocholt übertragen worden ist.

Bocholt, 2 HR A 681. Im Handelsregister A Nr. 681 ist heute bei der Firma Wilhelm Tacke, Bocholt, eingetragen, daß das Geschäft nebst Firma von der Erbin des bisherigen Inhabers auf den Kaufmann Franz Josef Tacke in Bocholt übertragen worden ist.

Dinslaken. Auf die im Gitterkasten des Amtsausschusses Dinslaken ausstehende Haushaltsatzung der Gemeinde Dinslaken für das Rechnungsjahr 1948 wird hiermit hingewiesen.

Der Gemeindevorstand.

Frankfurt
Robertson und
präsidenten der
ausgebende V
über ein Besatz

Das Ziel

„Das Ziel des General Clay in Sie von den Er Konferenz von den Regier Paris gutgehei um die erste ein die es den Deu großes Maß von regierung zu über hoffe, daß in realistischen R werde, das genu dauerhaften Fri gewährleisten.“

Von deuts

Als Sprecher erklärte der w Präsident Dr. M zunächst nur fo werden könnten Ministerpräsident die vorgetragene hin, daß es nun Ministerpräsident rückziehen. Er l sichts der Bedeu längere Ueberleg ben.

WN - Am

Kallin, die Stab zusammen, in d hend erklärte. rung nicht akze rung die mündl sei ermächtigt, f

Von sowjetisch Angestellte im ben, um Archiv hin werde auch Gebäude wehen Eingang stehen. In einer von b lin herausgegeb britische Militär abgegebene Erkl offizieren von der machungen über von den vier al wurden nicht a Seite angeführte rung der Wäru sei ungültig. Die ten werde, wie durch den russi dantur nicht betr

Douglas

Der USA-Botsch am Freitag eine Bevin. Douglas die amerikanische Schritte dargeleg die alliierte Ver halten.

Ein Sprecher d bezeichnete den beäuerlich und Lage weiter vers

USA - Regier

Außenminister der amerikanische Bericht über Westmächten im den sollen.

Die W

Der Vorstand d tischen Partei ha dische Kronen fü teil zur Verfüg wohlfahrt in Ber terwohlfahrt New Schmalz.